

Konsolidierte Umwelterklärung 2021

des Bayerischen Staatsministeriums
für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV)



Inhaltsverzeichnis

VORWORT	3
1 STANDORT, AUFGABEN UND TÄTIGKEITEN DES MINISTERIUMS	4
2 UMWELTPOLITIK DES MINISTERIUMS IM SINNE VON EMAS	5
3 INDIREKTE UND DIREKTE UMWELTAUSWIRKUNGEN.....	6
3.1 AUSGEWÄHLTE THEMEN AUS DEM BEREICH DER INDIREKTEN UMWELTAUSWIRKUNGEN	7
3.1.1 Wasserzukunft Bayern 2050	7
3.1.2 Klimaschutz	8
3.1.3 Umsetzung Volksbegehren ‚Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern‘	9
3.2 DIREKTE UMWELTAUSWIRKUNGEN.....	11
3.2.1 Rahmendaten - Bezugsgrößen zur Bildung von Kennzahlen und Indikatoren	11
3.2.2 Chronik zum innerbetrieblichen Umweltschutz	13
3.2.3 Daten, Kennzahlen und Kernindikatoren.....	14

3.2.4 Kennzahlen und Kernindikatoren im Jahresvergleich 2019 zu 2020.....	30
3.2.5 Umweltbilanz 2020.....	31
3.2.6 Umweltprogramm (direkte Umweltauswirkungen) - UP 2021	32
4 DAS UMWELTMANAGEMENTSYSTEM (UMS) DES STMUV.....	33
4.1 Organisationsgrundsatz für das UmS.....	33
4.2 Systemelemente des UmS	33
4.3 Beschreibung von Aufgaben und Prozessen in den Systemelementen.....	33
5 GÜLTIGKEITSERKLÄRUNG	38
IMPRESSUM UND ANSPRECHPARTNER	39

Vorwort

Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) kann auf weit mehr als 20 Jahre praktische Erfahrung mit Umweltmanagementsystemen im eigenen Haus zurückblicken. Im EMAS-Register der Industrie- und Handelskammer München und Oberbayern sind wir unter der Nr. DE-155-00237 als EMAS-zertifizierte Organisation eingetragen.

Ein Umweltmanagementsystem basiert ganz wesentlich auf der Erhebung von Daten, anhand derer eine IST-Situation im Vergleich zu früheren Jahren oder anderen Organisationen beschreibbar ist. Mit Hilfe dieser Daten können Ziele (SOLL-Werte) entwickelt werden und Maßnahmen zur Zielerreichung. Der Aussagewert und die Belastbarkeit der Daten hängt sehr stark von möglichen Störeinflüssen ab.

Die im Frühjahr 2020 beginnende SARS-Cov-19-Pandemie hatte (und hat) einen erheblichen Einfluss auf das Verhalten der Menschen und damit auch auf umweltrelevante Daten, die in unserem Umweltmanagementsystem erfasst werden. Es liegt auf der Hand, dass das Arbeiten vom Heimarbeitsplatz aus (Homeoffice) und Besprechungen via Internet anstatt persönlicher Treffen sich auch in unseren Daten abbilden. Wir stehen damit vor der großen Herausforderung, diese Einflüsse bei der Darstellung unserer Verbrauchsdaten und sonstigen Kennzahlen abzuschätzen und beschreiben zu müssen, um Fehlinterpretationen bei der Betrachtung der Datenreihen und der Entwicklung neuer Ziele zu vermeiden.



Thorsten Glauber, MdL
Staatsminister

1 Standort, Aufgaben und Tätigkeiten des Ministeriums

Das StMUV hat seinen Standort in München am Rosenkavalierplatz 2. Das Dienstgebäude liegt in unmittelbarer Nähe zum „Mittleren Ring“ und ist über die U-Bahn Endhaltestelle, eine Straßenbahnhaltstelle und den Busbahnhof Arabellapark hervorragend an das öffentliche Nahverkehrssystem angebunden.

Lageplan des Gebäudes Rosenkavalierplatz: <http://www.stmuv.bayern.de/ministerium/anfahrt/umgebung.htm>

Als oberste Landesbehörde ist das Ministerium im Rahmen seiner Ressortzuständigkeit beim Erstellen von Gesetzesentwürfen sowie beim Erlass von Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften beteiligt, arbeitet mit dem Bayerischen Landtag, dem Bundesrat, den Obersten Behörden des Bundes und der Länder sowie den EU-Institutionen zusammen, entwickelt Programme und Konzeptionen und stellt den Verwaltungsvollzug in seinem Aufgabenbereich sicher. Dem Ministerium fachlich zugeordnet sind folgende nachgeordnete Behörden:

- Bayerisches Landesamt für Umwelt (LfU),
- Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL)
- Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL)
- Nationalpark Bayerischer Wald und Nationalpark Berchtesgaden
- 17 Wasserwirtschaftsämtter (WWA)
- Bayerische Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (KBLV)
- 7 Gewerbeaufsichtsämter (angegliedert an die Regierungen)

sowie

- die fachlich entsprechenden Bereiche auf Ebene der Regierungen und der Kreisverwaltungsbehörden.

Das Aufgaben- und Tätigkeitsfeld des StMUV umfasst folgende Bereiche, die auch organisatorisch abgebildet sind:

- Politik, Koordinierung, Nachhaltigkeit
- Verbraucherschutz und Gewerbeaufsicht
- Gesundheitlicher Verbraucherschutz, Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen
- Wasserwirtschaft und Bodenschutz
- Naturschutz und Landschaftspflege
- Klimaschutz, technischer Umweltschutz, Kreislaufwirtschaft
- Kernenergie, Strahlenschutz, Stilllegung

Darüber hinaus nehmen Stabsreferate und die Abteilung „Zentrale Aufgaben und Dienstleistungen, Recht“ abteilungsübergreifend Querschnittsaufgaben wahr.

2 Umweltpolitik des Ministeriums im Sinne von EMAS

Nach Art. 141 der Bayerischen Verfassung gehört zu den vorrangigen Aufgaben des Staates:

- „Boden, Wasser und Luft als natürliche Lebensgrundlagen zu schützen, ...
- auf möglichst sparsamen Umgang mit Energie zu achten,
- die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts zu erhalten ...,
- den Wald wegen seiner besonderen Bedeutung für den Naturhaushalt zu schützen...,
- die heimischen Tier- und Pflanzenarten und ihre notwendigen Lebensräume sowie kennzeichnende Orts- und Landschaftsbilder zu schonen und zu erhalten.“

Diese in der Bayerischen Verfassung formulierten Staatsziele sind Grundlage unserer bayerischen Umweltpolitik.

Umweltschutzpolitik hat sich im vergangenen Jahrhundert hauptsächlich auf Instrumente des hoheitlichen Verwaltungshandelns gestützt und dabei große Erfolge erzielt. Gleichwohl verblieben zahlreiche ungelöste Problemfelder, bei denen hoheitliche Instrumentarien nicht ausreichten, sondern andere Strategien erforderlich waren. So haben Bildungsmaßnahmen und kooperative Ansätze, z.B. mit der Wirtschaft (produzierendes Gewerbe, Energiewirtschaft, Landwirtschaft, Handel und Dienstleistungen einschließlich Tourismus) oder mit Nachbarstaaten an Bedeutung gewonnen.

Bereits seit dem Jahr 1995 hat der Umweltpakt Bayern mit seinen Grundwerten Eigenverantwortung, Freiwilligkeit und Kooperation zu engagierten Umwelleistungen von bayerischen Unternehmen geführt, die allein mit regulatorischen Vorgaben nicht zu erreichen gewesen wären. Durch intensive Zusammenarbeit und die Umsetzung gemeinsamer Projekte haben Staat und Wirtschaft ein gemeinsames Grundverständnis von nachhaltigem Wirtschaften in Bayern entwickelt und vorangetrieben. Am 1. Oktober 2020 wurde nun der Pakt als Umwelt- und Klimapakt Bayern neu aufgelegt und von den Spitzenvertretern der Bayerischen Staatsregierung und der bayerischen Wirtschaft unterzeichnet. Mit dieser Weiterentwicklung wollen die Partner neue Impulse im Klimaschutz setzen, Lösungen im Umgang mit weiteren herausragenden Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen entwickeln und damit Umwelt- und Klimaschutz in Unternehmen und Betrieben voranbringen

Die Umweltpolitik des StMUV im Sinne von EMAS wird durch folgende Kernelemente geprägt:

I. ZIEL

Wir verfolgen das Ziel einer **kontinuierlichen und nachhaltigen Verbesserung der Umwelt**. Dieses Ziel bezieht sich sowohl auf die durch unsere Tätigkeit ausgelösten indirekten Umweltauswirkungen als auch auf die direkten Umweltauswirkungen infolge unseres Verwaltungsbetriebs. Dazu ermitteln und bewerten wir regelmäßig, welche Umweltauswirkungen von unseren Aktivitäten und unserem Standort ausgehen und leiten hieraus Ziele und Maßnahmen für ein Umweltprogramm ab.

II. EIGENVERANTWORTUNG

Umweltbewusstes und vorbildliches Handeln gehört zu den Aufgaben jedes einzelnen **Beschäftigten**. Regelmäßige Aufklärung und Information sollen das Verantwortungsbewusstsein für die Umwelt fördern und für ein umweltbewusstes Handeln am Arbeitsplatz sensibilisieren. Das Einbringen von Verbesserungsvorschlägen wird unterstützt.

III. UMWELTSCHUTZ BEI AUFTRÄGEN UND VERGABEN

Externe Vertragspartner werden in unsere Bemühungen um eine umweltfreundliche Verwaltung **mit eingebunden**. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zur Beschaffung von Gütern, Dienstleistungen sowie Bauleistungen fordern wir die Einhaltung von Umweltstandards nach Maßgabe der „Umweltrichtlinien Öffentliches Auftragswesen“. In Einzelfällen berücksichtigen wir darüber hinaus gehende ökologische Kriterien.

IV. INFORMATION FÜR ÖFFENTLICHKEIT UND UNTERSTÜTZUNG VON BEHÖRDEN

Der **Öffentlichkeit** stellen wir in vierjährigem Rhythmus – aktuell im Umweltbericht Bayern 2019 - und über [Umweltindikatoren](#) im Internet sowie in weiteren Publikationen **Informationen zur Entwicklung der Umwelt in Bayern**, die durch unsere Aktivitäten indirekt beeinflusst wird, zur Verfügung.

Über unser betriebliches Umweltverhalten (direkte Umweltauswirkungen) geben wir in Umwelterklärungen und jährlich aktualisierten Bilanzen Rechenschaft.

Andere Unternehmen und Behörden erhalten in Form von Leitfäden, Beratung und Förderung Hilfestellung bei der Implementierung von Umweltmanagementsystemen.

3 Indirekte und direkte Umweltauswirkungen

Unser „Unternehmenszweck“, das heißt die originäre Aufgabenstellung des Ministeriums, besteht darin in den Bereichen Umwelt und Verbraucherschutz mit Hilfe von Rechts-, Planungs- und Förderentscheidungen dem Wohl der Allgemeinheit zu dienen und zwar dadurch, dass Verbesserungen des Umweltzustands angestrebt und Umweltbelastungen verringert werden. Die Aktivitäten, Initiativen und Projekte des Ministeriums wirken auf die Umwelt vorwiegend durch das Agieren von Dritten (Personen und Institutionen) ein, verursachen somit indirekt Umweltauswirkungen. Neben diesen indirekten Umweltauswirkungen haben der Dienstbetrieb, das Dienstgebäude und die Dienstreisen der Beschäftigten aber auch direkt Einfluss auf die Umwelt, indem verschiedene Ressourcen wie Strom, Wärmeenergie, Wasser, Produkte verbraucht und Emissionen wie Abwärme, Abluft, Abwasser, Abfall und Lärm erzeugt werden.

Auch wenn unsere indirekten Umweltauswirkungen wegen unseres speziellen Unternehmenszwecks bedeutender als die direkten sind, beschreiben wir in unseren Umwelterklärungen und jährlichen Aktualisierungen im Wesentlichen nur den Bereich der direkten Umweltauswirkungen. Grund hierfür ist, dass die Strategiesteuerung, wie bei vielen anderen Organisationen auch, außerhalb von EMAS über den Planungsstab und die Fachabteilungen erfolgt.

Die indirekten Umweltauswirkungen werden ausführlich im Umweltbericht Bayern <http://www.stmuv.bayern.de/themen/daten/umweltbericht/index.htm> und den jährlich aktualisierten Umweltindikatoren dargestellt. Da es sich um längerfristig angelegte Strategien und Programme handelt, beschränken wir uns im Rahmen der EMAS-Umwelterklärung darauf, alle drei Jahre einige aktuelle Schwerpunktthemen aus dem Bereich der indirekten Umweltauswirkungen zu skizzieren.

3.1 Ausgewählte Themen aus dem Bereich der indirekten Umweltauswirkungen

Als Beispiele für aktuelle Aufgabenschwerpunkte wollen wir folgende Themen nachstehend etwas näher behandeln:

- Wasserzukunft Bayern 2050
- Klimaschutz
- Umsetzung Volksbegehren ‚Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern

3.1.1 Wasserzukunft Bayern 2050

Wasser gehört neben dem Klimawandel und der Biodiversität zu den drei großen Existenzthemen des 21. Jahrhunderts, die in einer tiefgreifenden Wechselwirkung miteinander verknüpft sind: Rekordhitze, ausbleibende Niederschläge und Dürre einerseits sowie Starkregen und Hochwasser andererseits zeigen uns unmissverständlich, dass der Klimawandel den Wasserhaushalt in Bayern bereits jetzt stark verändert. Der Klimawandel ist jedoch nicht die einzige Herausforderung für unsere Wassersicherheit. Hinzukommen überformte Gewässerlandschaften, Versiegelung, stoffliche Belastungen und Wasserverunreinigungen sowie steigender Erholungsdruck – selbstverständlich können derartige Herausforderungen nur ganzheitlich bewältigt werden. Die Strategie „Wasserzukunft Bayern 2050“ des StMUV stellt sich deshalb auf ganzheitliche Weise diesen Herausforderungen:

Gerade im Hinblick auf Trockenheit gilt es, so viel Wasser wie möglich zu versickern und die Grundwasserneubildung zu fördern. Dies wird u.a. durch die Renaturierung von Gewässern, den Rückhalt

in der Fläche und die Anbindung von Auen realisiert. Etwas allgemeiner formuliert: durch die Verbesserung des Landschaftswasserhaushalts, aber auch durch die Umsetzung des Schwammstadtprinzips im Städtebau.

Unverändert besondere Bedeutung kommt der Reduzierung von Hochwasser- und Starkregenrisiken zu. Sie wird konsequent fortgeführt. Neben dem Hochwasserschutz werden darüber hinaus die bisherigen Aktivitäten zur ökologischen Verbesserung der Gewässer und Auen im neuen Aktionsprogramm Gewässer 2030 deutlich gestärkt. Durch eine systematische Betrachtung der Erholungsfunktion und des Erlebens unserer Gewässer und Auen wird zudem auch der Mensch stärker in den Mittelpunkt bei der Maßnahmenumsetzung rücken.

Bayerns Trinkwasserversorgung ist zum großen Teil dezentral organisiert. Durch regionale Vernetzung soll u.a. die Versorgungssicherheit (Stichwort zweites Standbein) erhöht werden. Im Rahmen des Zukunftskonzepts Fernwasserversorgung werden auch die überregionalen Versorgungsstrukturen überprüft. Über den Aktionsplan Bewässerung und entsprechender strategischer Förderung werden eine nachhaltige Wasserbeileitung, Speicherung und Verteilung im landwirtschaftlichen Bereich realisiert. Aktuell werden anhand von vier Pilotprojekten Erfahrungen für zukünftige Weichenstellungen gesammelt. Wasser muss aber nicht nur mengenmäßig, sondern auch in ausreichender Qualität zur Verfügung stehen. Konsequenter Grundwasserschutz (u.a. Umsetzung der Düngeverordnung), aber auch der zukünftige Ausbau von Kläranlagen mit einer 4. Reinigungsstufe tragen diesem Ansinnen Rechnung.

Darüber hinaus ist insbesondere auch Bewusstseinsbildung eine wesentliche Säule des Erfolgs. Die in diesem Bereich bereits bestehenden erfolgreichen Elemente – wie die Kampagne „Hochwasser.Info.Bayern“ oder die „Aktion Grundwasserschutz“ – werden fortgeführt und weiter ausgebaut. Sie enthalten sowohl zielgerichtete Angebote für Kinder und Jugendliche (z.B. im Rahmen von Lehrerhandreichungen und Wasserschulen vor Ort) als auch für Erwachsene (z.B. Leitfaden der Verbraucher Initiative e.V. zum Thema Wasser sparen und schützen).

3.1.2 Klimaschutz

Um ihr zentrales Anliegen eines nachhaltigen Klimaschutzes erneut zu bekräftigen, hat die Bayerische Staatsregierung eine Klimaschutzoffensive, bestehend aus Klimaschutzgesetz, Maßnahmenprogramm und dem entsprechenden Finanzrahmen gestartet. Dem für Klimaschutz originär zuständigen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz obliegt die Federführung für die Erarbeitung der Offensive und ihrer Elemente. Es ist Anspruch der Bayerischen Staatsregierung die Elemente der Klimaschutzoffensive regelmäßig zu überprüfen und sie den sich ständig verändernden Anforderungen des Klimaschutzes anzupassen.

Zentrales Element der bayerischen Klimaschutzoffensive ist das Bayerische Klimaschutzgesetz, welches die zentralen klimapolitischen Zielsetzungen der Staatsregierung festgelegt und u.a. fordert, für ganz Bayern bis spätestens 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Die Bayerische Staatsverwaltung soll schon 20 Jahre früher – also bereits bis 2030 – klimaneutral werden. Zur Umsetzung dieser Zielsetzungen wurde die Klimaschutzoffensive um einen umfassenden Maßnahmenkatalog, den sogenannten „Zehn-Punkte-Plan“, und ein umfangreiches Investitionsbudget ergänzt.

Der Zehn-Punkte-Plan ist das Herzstück der Klimaschutzoffensive, denn hier geht es um ganz konkrete Maßnahmen, mit denen die Zielsetzungen des Gesetzes in praktischen Klimaschutz umgesetzt werden sollen. Der Plan ist Gemeinschaftsprojekt der gesamten Staatsregierung. Er bindet unter Federführung des StMUV alle Ressorts ein und bündelt derzeit knapp 100 Maßnahmen, die den drei zentralen Säulen der bayerischen Klimapolitik:

- Minderung des Treibhausgas-Ausstoßes,
- Anpassung an die Folgen des Klimawandels und
- Forschung zu Umwelt- und Klimaschutz

zugeordnet werden können. Dabei werden alle Bereiche mit einbezogen – von Wäldern, Mooren und Wasser über Innovationen, Energie und Mobilität bis hin zur Vorbildfunktion des Staates sowie der Förderung des kommunalen Klimaschutzes.

Angesichts der verschärften Klimaschutzziele auf Bundes- und EU-Ebene beabsichtigt die Staatsregierung, die Elemente der Klimaschutzoffensive fortzuentwickeln. Geplant ist eine Novelle des Klimaschutzgesetzes mit verschärften Zielsetzungen, die u.a. vorsehen, Bayern bereits 2040 klimaneutral zu stellen. Auch der Zehn-Punkte-Plan soll überarbeitet, aktualisiert und um weitere Maßnahmen ergänzt in ein aktualisiertes Bayerisches Klimaschutzprogramm eingehen. Zusätzliche finanzielle Mittel sollen die Umsetzung der Maßnahmen gewährleisten.

3.1.3 Umsetzung Volksbegehren ‚Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern‘

Das Volksbegehren „Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern – Rettet die Bienen“ war das erfolgreichste Volksbegehren in der Geschichte des Freistaats Bayern. Vor diesem Hintergrund entschieden sich die Bayerische Staatsregierung und die Mehrheit der Abgeordneten im Bayerischen Landtag dafür, nicht nur das Volksbegehren anzunehmen, sondern auch ein zusätzliches Begleitgesetz zu beschließen, das unter dem Motto „Annehmen – Verbessern – Versöhnen“ einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz sicherstellt. Leitgedanke war dabei die Überzeugung, dass erfolgreicher Artenschutz nicht nur auf wenigen Schultern lasten kann, sondern alle relevanten Akteure in die Pflicht nehmen muss – Naturschützer ebenso wie Land- und Forstwirte, die Vertreter der Kommunen und

der staatlichen Behörden wie die Vertreter der betroffenen Verbände und Vereine. Die Regelungen des Gesetzes-Duos traten am 1. August 2019 in Kraft. Mit diesem Tag lief unverzüglich die Umsetzung der Maßnahmen an. Hierbei ist das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz das federführende Ressort.

Ziel ist es, den Artenschwund durch ein kraftvolles Plus in der Förderung, in der Beratung und beim Natur- und Artenschutz insgesamt zu stoppen. Dies soll mit den nachfolgenden Schwerpunkten der Umsetzung des Volksbegehrens und des Begleitgesetzes erreicht werden:

- Ausbau des Biotopverbunds in ganz Bayern entlang der Bäche und Flüsse, im Offenland und im Wald,
- Ausweitung der Naturschutzförderprogramme, wie des Bayerischen Vertragsnaturschutzprogramms und des Landschaftspflegeprogramms,
- Verstärkung des Schutzes ökologisch hochwertiger Lebensräume und Strukturen – wie etwa von Streuobstbeständen, arten- und strukturreichem Dauergrünland, Alleen und Strukturelementen in der Feldflur,
- Verankerung schonenderer Bewirtschaftungsweisen, beispielsweise durch den gesetzlichen Schutz von Dauergrünland vor der Umwandlung in Acker und das Verbot der Wiesenmähd von außen nach innen,
- Schaffung von mehr Arten- und Umweltschutz im Siedlungsraum und an Verkehrsflächen, etwa durch die Reduzierung der Lichtverschmutzung oder durch mehr Grün- und Blühflächen auf staatlichen Flächen und Gebäuden,
- Verbesserte Umsetzung und Kommunikation vor Ort, Vernetzung der Beteiligten und Bewusstseinsbildung.

3.2 Direkte Umweltauswirkungen

Unser Dienstbetrieb, die Nutzung und Bewirtschaftung des Dienstgebäudes, der tägliche Weg der Beschäftigten zwischen Wohn- und Arbeitsstätte sowie deren Dienst- und Fortbildungsreisen haben direkten Einfluss auf die Umwelt. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang der Verbrauch an Ressourcen wie Strom, Wärmeenergie, Treibstoffe, Wasser, Material für Produkte aber auch Emissionen wie Abwärme, Abluft, Abwasser, Abfall und Lärm. Die Verpflichtung zur kontinuierlichen und nachhaltigen Verbesserung bedeutet, dass wir bestrebt sind, unseren Ressourcenverbrauch und Emissionen einzuschränken. Zudem gleichen wir seit 2018 die nicht vermeidbaren rechnerischen CO₂-Emissionen in den Bereichen Strom, Wärme, Dienstverkehr und Papierbeschaffung durch den Kauf und die Stilllegung von Emissionsminderungszertifikaten aus.

An Hand ausgewählter „Konten“ veröffentlichen wir die Entwicklung unserer Verbräuche. Mit Hilfe von Rahmendaten, die als Bezugsgröße dienen, können zu den Verbrauchs- und Emissionsdaten Kennzahlen bzw. Kernindikatoren gebildet werden, die auch Vergleiche mit anderen Organisationen ermöglichen.

3.2.1 Rahmendaten - Bezugsgrößen zur Bildung von Kennzahlen und Indikatoren

Gebäude- und Grundstückszahlen (Nutzflächen am Standort)

Das Dienstgebäude wurde 1967/68 in Stahlbetonskelettbauweise im Stadtteil Bogenhausen am Rosenkavalierplatz 2 in München errichtet. Neben dem Gebäude wurde 1984 eine unterirdische Mehrzweckanlage gebaut, die dem Ministerium als Tiefgarage zur Verfügung steht. Im Untergeschoss des Ministeriums befindet sich eine verpachtete Betriebskantine, die auch von Externen besucht wird.

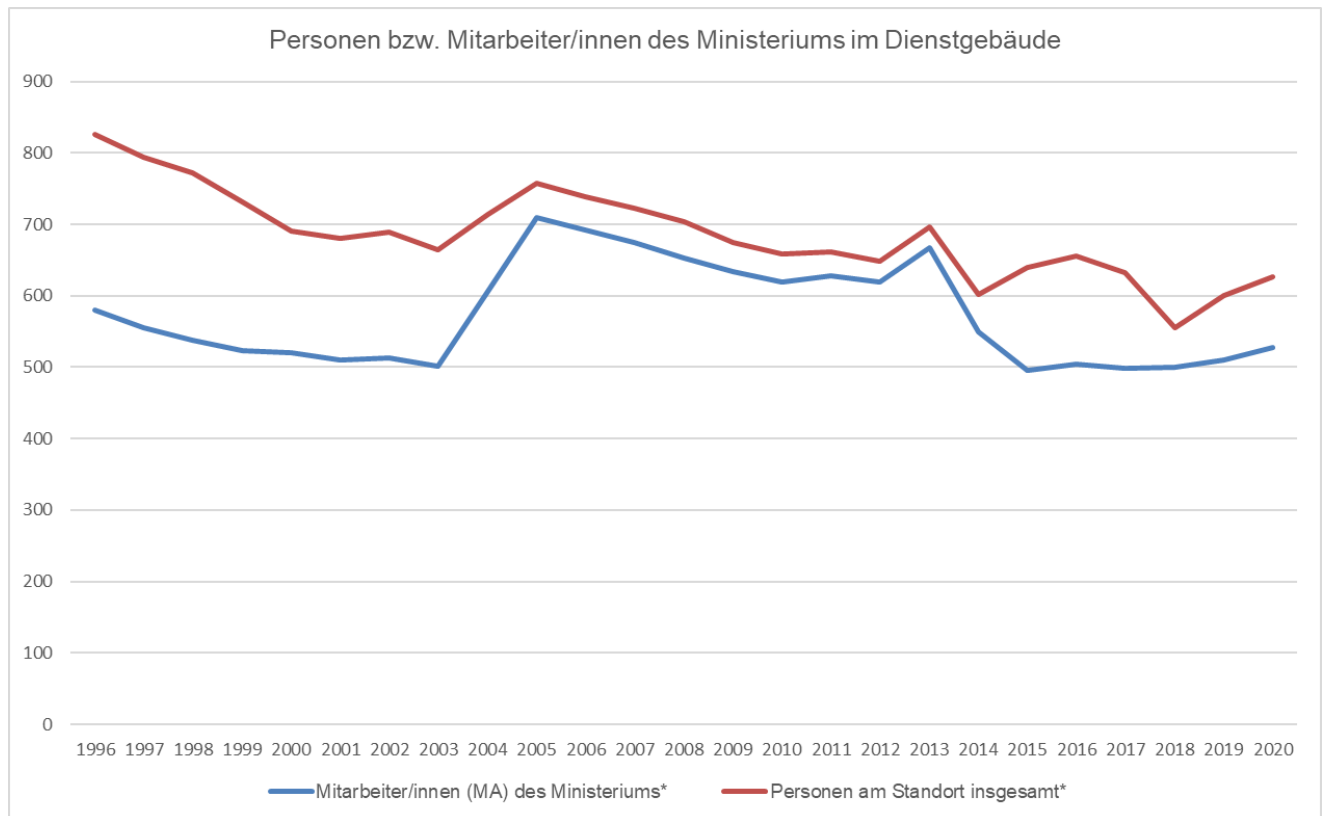
	Dienstgebäude (DG)	Tiefgarage (TG)	Summe (DG+TG)
Nettogrundfläche (NGF) in m ²	31.559	7.254	38.813
Bruttorauminhalt (BRI) in m ³	124.113	25.326	149.439

Personen- bzw. Mitarbeiterzahlen

In unserem Dienstgebäude sind nicht nur die Beschäftigten des StMUV, sondern auch Personen anderer Institutionen untergebracht. So nutzt gegenwärtig Personal des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus und des Bayerischen Naturschutzfonds Büroräume und Kantine am Rosenkavalierplatz 2 und wurde im Oktober eine städtische Kindertagesstätte im Dienstgebäude nach einjährigem Umbau wiedereröffnet.

Es ist nicht möglich, mit einem vertretbaren Aufwand und hinreichender Genauigkeit alle Verbrauchszahlen auf die einzelnen Personengruppen im Hause zu verteilen. Daher müssen einzelne Kennwerte auf die gesamte Personenzahl am Standort, andere auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

des Ministeriums bezogen werden. Bei der Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Umweltministeriums handelt es sich um rechnerische Werte in Vollzeitäquivalenten, die verkürzt als Mitarbeiterkapazität (MAK) angegeben werden. Dieser rechnerische Wert ist deutlich niedriger als die tatsächliche Anzahl der Beschäftigten des Umweltministeriums.



*Teilzeitbeschäftigte sind mit dem Faktor 0,5 eingerechnet

Die Anzahl der Personen am Standort und der MAK des Ministeriums schwankt. Der deutliche Rückgang von 1996 bis 2000 war durch den Aus- und Umzug des Landesamts für Umwelt LfU nach Augsburg verursacht. Der Anstieg von 2003 bis 2005 war Folge der Zusammenlegung des ehemaligen Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz (StMGEV) mit dem Umweltministerium. Mit Gründung und Auszug des eigenständigen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege fielen die Mitarbeiterzahlen 2014 wieder auf einen Wert von rund 500. In natürlichen Personen gerechnet steht hinter diesem Wert ein Wert von rund 620 Personen.

Leerwerdende Raumkapazitäten wurden und werden regelmäßig von anderen Ministerien genutzt, wenn diese während Sanierungsmaßnahmen in ihren eigenen Dienstgebäuden Ausweichmöglichkeiten benötigen.

3.2.2 Chronik zum innerbetrieblichen Umweltschutz

Umweltchronik	
1970	Freistaat Bayern gründet erstes Umweltministerium
1972	Umstellung des gesamten Papiereinsatzes auf Recyclingpapier
1986/87	Begrünung des unterkellerten Innenhofes mit einheimischen Pflanzen der Fröttmaninger Heide
1988	Untersuchung des Beschaffungswesens und der Behördenführung nach Umweltgesichtspunkten durch den Bundesdeutschen Arbeitskreis für umweltbewusstes Management e.V. (B.A.U.M)
1990	Einführung der Abfalltrennung im Dienstgebäude
1991	Ausbau der Abfalltrennung in der Kantine, Abschaffung von Getränkedosen, Einwegflaschen und anderen Einwegverpackungen
1991/92	Einbau einer energiesparenden Klimaanlage im Rechenzentrum, Austausch energieintensiver Kompressorsysteme gegen energiesparende FCKW-freie Wärmetauschersysteme mit Grundwasserkühlung
1993	Installation einer Solaranlage an der Südfassade
1993/94	Einbau energiesparender Vorschaltgeräte und Leuchtstoffröhren, Beseitigung der PCB-haltigen Komponenten
1995/96	Sanierung der Abwassergrundleitungen; vollständige Versickerung des Regenwassers
1996/97	Durchführung eines Öko-Audits nach den Vorgaben der Verordnung (EWG) Nr. 1836/93
1996/99	Einführung der Bürokommunikation mit elektronischer Vernetzung der Arbeitsplätze
1997	Veröffentlichung der Umwelterklärung 1997
1998	Beginn des Einbaus eines Lichtmanagementsystems
1999	Einführung der Gebäudeleittechnik
1999	Austausch der Heizkörperventile
1999	Auszug des Landesamtes für Umweltschutz
1999	Verstärkte Verwendung und Zubereitung von Frischwaren statt Fertigwaren in der Kantine
2000	Sanierung der Sanitäranlagen (Ostflügel) mit Austausch der Wasser- und Abwasserleitungen
2000	Umbau der ehemaligen Laborräume des LfU zu Büroräumen
2000	Veröffentlichung der Umwelterklärung 2000 (UmS zertifiziert nach ISO 14001)
2001	Beginn der Sanierungsarbeiten am Hausdach und der Hausfassade
2002	Sanierung der Flurbodenbeläge (Ersatz der Teppiche und PVC-Beläge durch Naturkautschukbeläge)
2002	Inbetriebnahme der neuen Solaranlage an der Fassade und auf dem Hausdach
2003	Fertigstellung der Sanierungsarbeiten an der Hausfassade sowie des Umbaus von Besprechungssälen und Pforte
2003	Veröffentlichung der Umwelterklärung 2003
2004	Ersteintragung in das EMAS-Register unter DE-155-00237
2005	Erneuerung des Antriebs und der Steuerung der beiden Hauptaufzüge im Eingangsbereich Südost
2006	Erneuerung des Antriebs und der Steuerung der beiden Aufzüge im Nordost-Flügel
2006	Revalidierung nach EMAS und ISO 14001 mit Veröffentlichung der Umwelterklärung 2006
2007	Austausch der letzten Bildröhren-Bildschirme durch TFT-Flachbildschirme mit deutlich geringerem Verbrauch
2008	Umstellung des gesamten Strombezugs auf CO ₂ -freien „M-Natur-Strom“
2009	Vorarbeiten zur energetischen Sanierung der Innenhoffassade
2009	Revalidierung nach EMAS und ISO 14001 mit Veröffentlichung der Umwelterklärung 2009
2009	Errichtung der ersten Elektro-Tankstelle am Dienstgebäude im Rahmen eines Feldversuchs
2010	Erneuerung des Antriebs und der Steuerung der Aufzüge West-Flügel
2010	Energetische Sanierung der Innenhoffassade (Außendämmung und dreifachverglasten Fenstern)
2011	Erneuerung der Treppenhausbeleuchtung (Energiesparlampen mit hoher Lichtausbeute)
2012	Reduktion der Brunnenlaufzeit zur Stromeinsparung
2012	Auszug der Server des Rechenzentrums mit Rückbau der zusätzlichen Klimatisierungseinheiten
2012	Revalidierung nach EMAS und ISO 14001 mit Veröffentlichung der Umwelterklärung 2012
2013	Ersatz der mechanischen Druckmaschinen durch digitale Druck- und Vervielfältigungsanlagen; Rückbau des Reprintlabors
2013	Errichtung einer neuen Elektrotankstelle am Dienstgebäude
2013	Schirmherrschaft des Umweltministers bei Alt-Handy-Sammelaktion
2014	Beschaffung eines Elektro-PKW für den Fahr- und Botendienst
2015	Einführung der elektronischen Akte (eAkte) mit elektronischem Geschäftsgang im Ministerium
2015	Revalidierung nach EMAS und ISO 14001 mit Veröffentlichung der Umwelterklärung 2015
2016	Umstellung der Pflanzenbewässerung
2016	Umbau der Lüftungsanlage in der Druck- und Vervielfältigungsstelle, im Papierlager und den Küchennebenräumen
2016	Austausch zweier Transformatoren (von Öl- auf Trockentransformatoren)
2017	Teilnahme an Alt-Handy-Recycle-Aktion

2018	Einbau zusätzlicher Stromladestationen (in der Tiefgarage: 2 im 1.UG, 4 im 2.UG; oberirdisch: 3; im Fahrradabstellraum: 4 E-Bike-Ladestationen)
2018	Beschaffung von zwei neuen Fahrrädern mit Elektromotor
2018	Austausch von Leuchtstoffröhren durch Einbau von LED-Röhren in den Deckenlampen der Flure
2018	Aufstellen eines Insektenhotels am Dienstgebäude
2018	Revalidierung nach EMAS und ISO 14001 mit Veröffentlichung der Umwelterklärung 2018
2019	CO ₂ -Kompensation von 630 t CO ₂ für das Jahr 2018 durch Erwerb und Stilllegung von Emissionsminderungszertifikaten (Sichuan Haushaltsbiogasprogramm, Gold Standard CER)
2019	Beginn der Umgestaltung des Bewuchses am Standort unter fachkundiger Leitung
2019	Anmietung von neuen und zusätzlichen Elektro- und Hybridfahrzeugen
2020	Beschaffung eines weiteren rein elektrisches Kfz sowie eines Brennstoffzellen-PKW (Wasserstoff)
2020	Anschaffung weiterer Dienstfahräder verschiedener Bauart und großenteils mit Elektroantrieb
2020	Errichtung zusätzlicher oberirdischer Fahrradstellplätze
2020	Beginn des Austauschs der Fenster an der Außenfassade (Energetische Sanierung)
2020	Fortsetzen des Austauschs von Dienst-Kfz mit Verbrennungsmotoren durch reine Elektro – und Hybrid-Kfz
2020	CO ₂ -Kompensation von 587 t CO ₂ für das Jahr 2019 durch Erwerb und Stilllegung von Emissionsminderungszertifikaten (Sichuan Haushaltsbiogasprogramm, Gold Standard CER)
2021	Leihweise Abgabe von Dienst-Fahrrädern an die Beschäftigten
2021	Überdachung oberirdischer Fahrradstellplätze
2021	CO ₂ -Kompensation von 287 t CO ₂ für das Jahr 2020 durch Erwerb und Stilllegung von Emissionsminderungszertifikaten (Sichuan Haushaltsbiogasprogramm, Gold Standard CER)

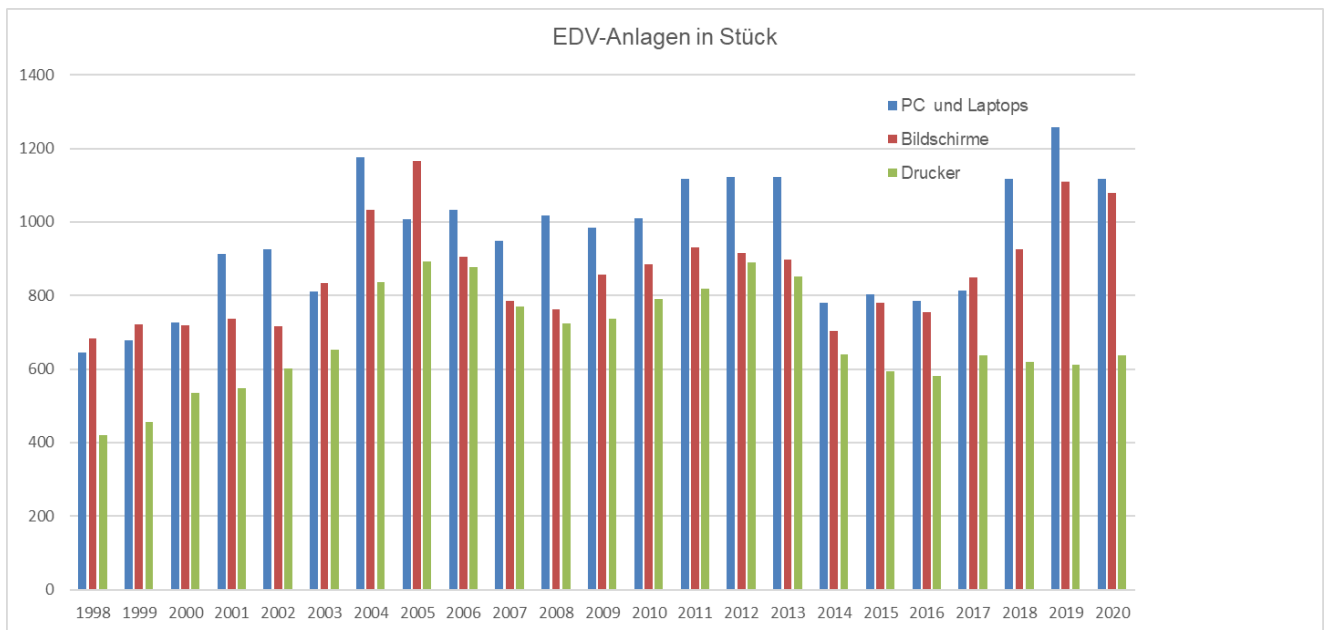
3.2.3 Daten, Kennzahlen und Kernindikatoren

Technische Anlagen und Maschinen, EDV-Anlagen und Fuhrpark

Von den zahlreichen technischen Anlagen, die wir statistisch erfassen, veröffentlichen wir nur noch die Zahlen von unseren bürotechnischen EDV-Anlagen und von unserem Fuhrpark, da die Summenzahlen von den übrigen technischen Anlagen wenig Schwankungen aufweisen und als absolute Zahlen einen geringen Aussagewert bezüglich Umweltrelevanz haben.

EDV-Anlagen

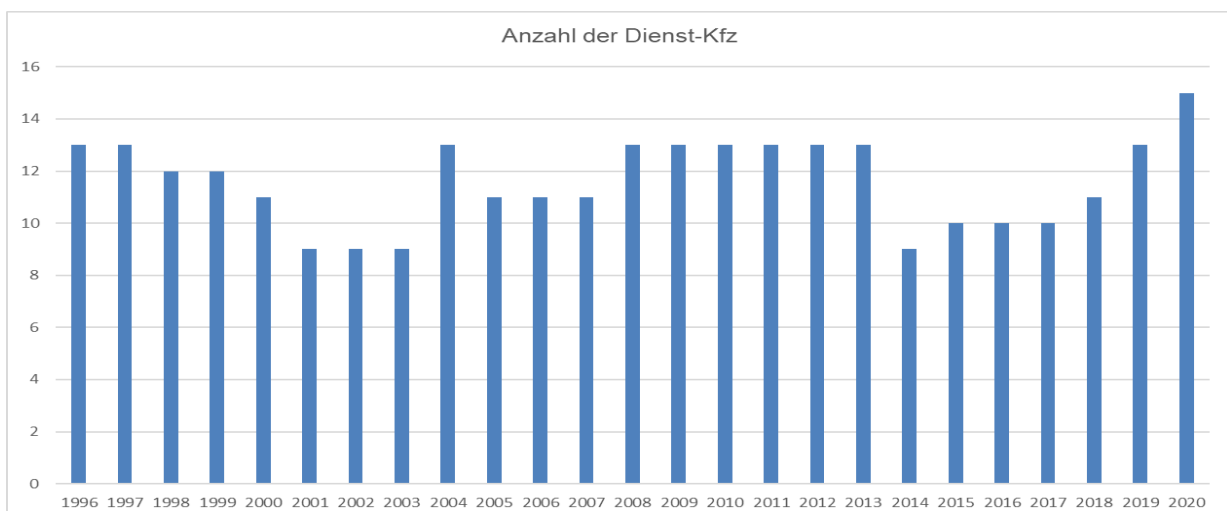
Die EDV-Anlagen in den Büros, die standardmäßig aus einem PC mit einem oder zwei Bildschirmen und einem Arbeitsplatzdrucker bestehen, stellen zahlenmäßig die bedeutendste Größe unter den technischen Anlagen dar. Durch den in Summe hohen Stromverbrauch und den Ressourcenverbrauch für die Herstellung, Zulieferung und Abgabe der Geräte, der Folge eines regelmäßigen Austauschs der Hardware ist, haben die EDV-Anlagen eine hohe Umweltrelevanz. Entgegen der früheren Strategie, die Gerätschaften in relativ kurzen fixen Zyklen auszutauschen, um eine hohe Ausfallsicherheit und geringen Wartungsaufwand sicherzustellen, werden die EDV-Anlagen heute unter dem Gesichtspunkt des gesamtheitlichen Ressourcenschutzes deutlich länger genutzt. Bedauerlicher Weise ist bei Abkündigung von Support und Umstieg auf neuere Software häufig aber auch ein Hardwareaustausch unumgänglich. Mit Einsetzen der Corona-Pandemie wurden zum Schutz der Beschäftigten und zur Eindämmung der weiteren Verbreitung des Corona-Virus die Möglichkeiten des Arbeitens von zu Hause aus erheblich ausgebaut. Dies wie auch die Notwendigkeit, Besprechungen via Internet abzuhalten, hatte zur Folge, dass der EDV-Gerätebestand erheblich aufgestockt werden musste. Da aus Sicherheitsgründen private Geräte dienstlich nicht benutzt werden dürfen, müssen zusätzliche Gerätschaften den Beschäftigten auch am Heimarbeitsplatz zur Verfügung gestellt werden.



Die Ausstattung mit EDV-Geräten folgt ab 2003/2004 in etwa den Schwankungen bei den Mitarbeiterzahlen. Hiervon ausgenommen ist die Entwicklung der Anzahl von Bildschirmen und Laptops, deren Anzahl aus oben beschriebenen Gründen deutlich über die Anzahl der Beschäftigten hinausgeht. Erfreulicher Weise stagniert die Anzahl der Arbeitsplatzdrucker und verzichten einzelne Beschäftigte inzwischen ganz auf solche Geräte.

Fuhrpark

Unser Fuhrpark besteht aus angemieteten/geleasten Fahrzeugen. Die Laufzeit der Mietverträge beträgt i.d.R. nur ein Jahr, sodass die Fahrzeuge immer über neue möglichst energieeffiziente Motoren verfügen. Die Energieeffizienz des Elektromotors ist deutlich besser als die des Verbrennungsmotors, daher besteht der Fuhrpark des Ministeriums inzwischen vorwiegend aus Fahrzeugen mit reinen Elektromotoren bzw. Hybridantrieben. Zusätzlich zu Serienfahrzeugen kommen immer wieder auch Testfahrzeuge zum Einsatz, die noch nicht in großer Serie gefertigt und vertrieben werden, so z.B. Fahrzeuge mit Brennstoffzelle (Wasserstoff), was den Fahrzeugbestand temporär erhöht.

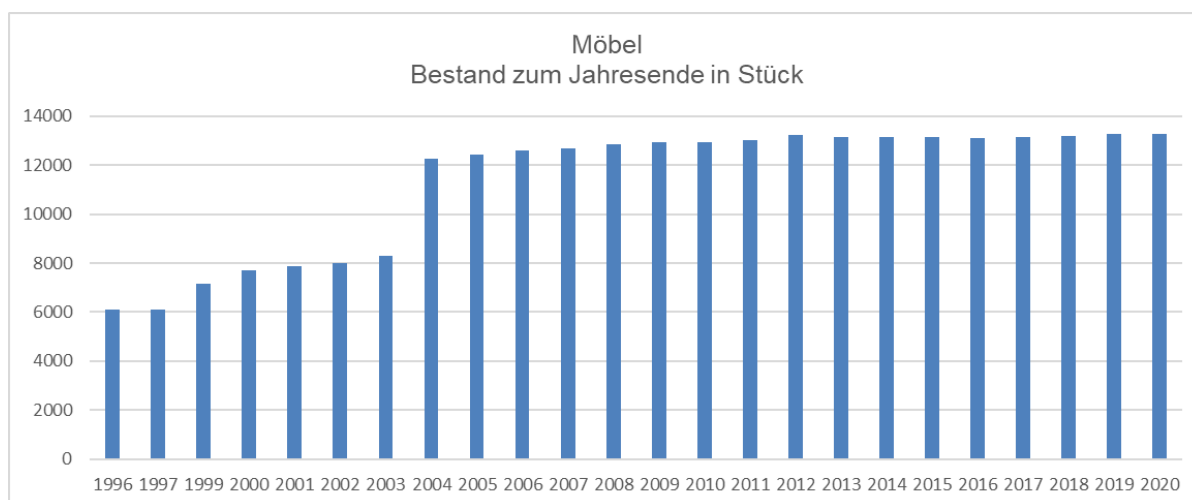


Neben Dienstfahrzeugen stellen wir den Beschäftigten Fahrräder für Dienstfahrten, aber auch leihweise zur Erprobung und privaten Nutzung zur Verfügung. Die Beschäftigten können hier aus einer großen Anzahl verschiedener Fahrradarten und –bauformen (vom klassischen Stadt-Rad, über das Trekking- und Mountain-Bike bis hin zum Lasten- und Faltfahrrad) mit und ohne Elektromotorunterstützung wählen. Für die privaten Fahrräder wurden in der Tiefgarage und oberirdisch zahlreiche zusätzliche überdachte Stellplätze geschaffen.

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Büromöbel

Bei den Betriebs- und Geschäftsausstattungsgegenständen erfassen wir nur noch den Möbelbestand, da andere Gerätschaften und Einrichtungsgegenstände von untergeordneter Umweltrelevanz sind. Die Bedeutung des Möbelbestands ergibt sich aus dem Ressourcenverbrauch, der für die Herstellung, die Zulieferung, den Abtransport und die Entsorgung erforderlich ist, aus z.B. Lösemittelmissionen und weiteren Gesichtspunkten wie Arbeitsschutz, Arbeitsergonomie und nicht zuletzt wegen des Finanz- und Raumbedarfs. Da die Büromöbelstatistik seit rund 15 Jahren einen nahezu gleichbleibenden Bestand zeigt, werden wir künftig auf die Veröffentlichung dieser Daten verzichten.



Büropapier

Verwaltungshandeln nach rechtsstaatlichen Grundsätzen erfordert, dass alle wesentlichen Schritte des Verwaltungshandelns lückenlos und nachvollziehbar dokumentiert werden. Hierzu müssen die maßgebenden Informationen in Schriftform oder in anderweitig archivierbarer Form in Akten geordnet abgelegt und gegen unzulässige Veränderungen geschützt werden. In der „klassischen“ Arbeitsweise erfolgen die Dokumentation wie auch der Geschäftsgang weitgehend in Papierform. Dies hat

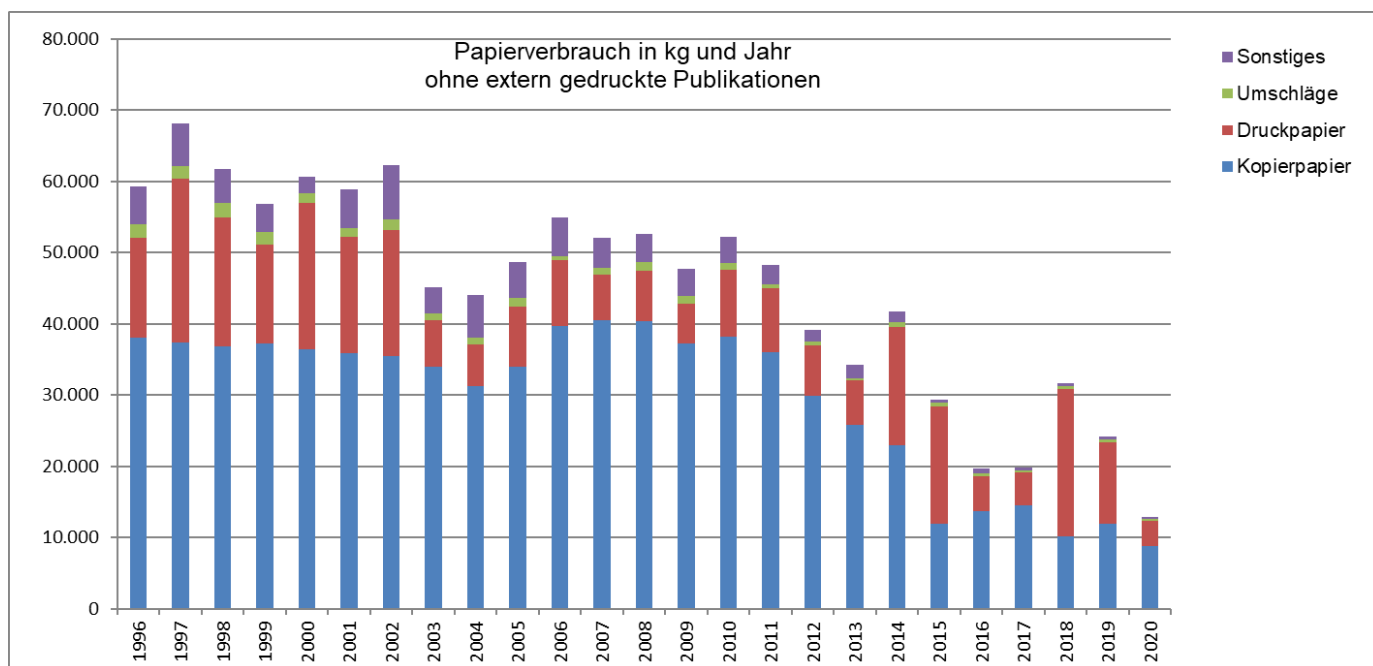
einen enormen Verbrauch an Büropapier einen hohen Raumbedarf in der Registratur und den Archiven zur Folge.

Unser Umweltziel ist, den Papierverbrauch zu senken. Diesem Ziel kam die Einführung der elektronischen Akte (eAkte) und des elektronischen Geschäftsgangs (eGG) entgegen. In unserem Umweltministerium ist die eAkte seit 2015 verbindlich eingeführt, d.h. nicht mehr die Papierform, sondern die elektronische Datei ist maßgebend.

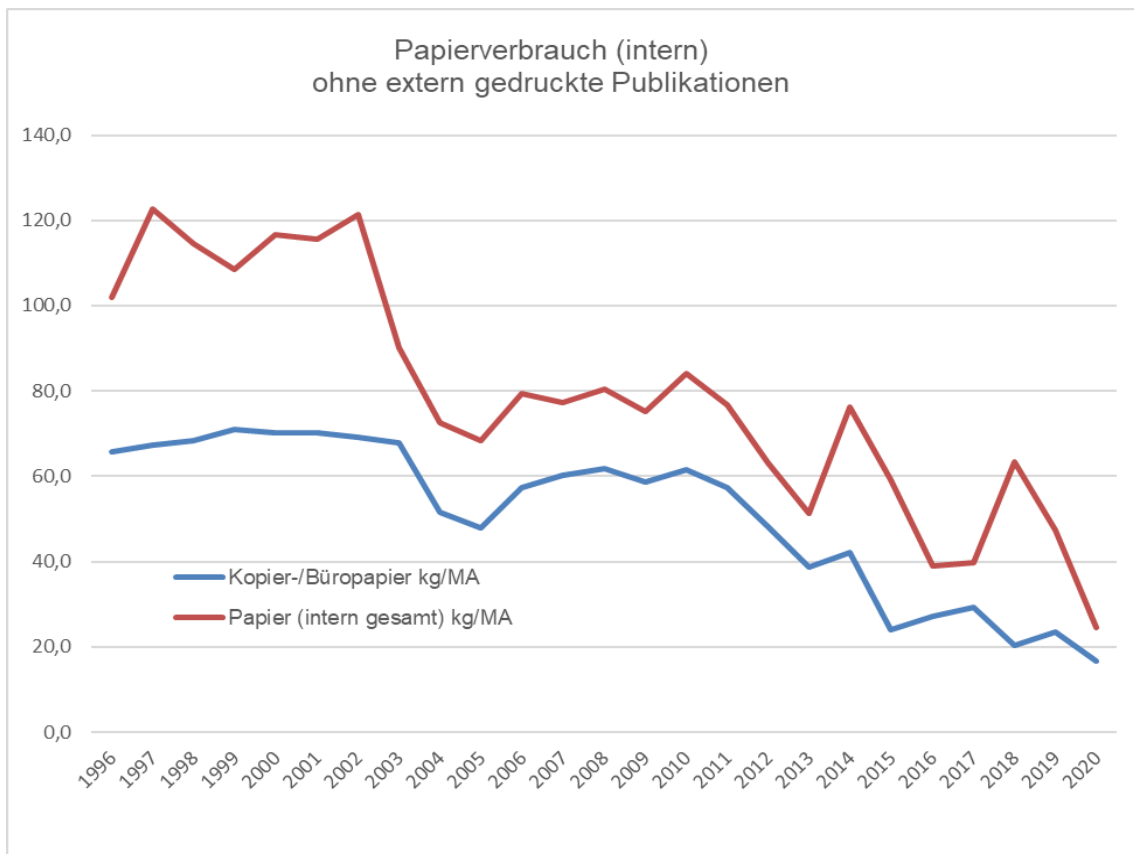
Bei gleichzeitiger Nutzung des eGG und der E-Mail zum Austausch mit anderen Behörden und Dritten sowie Archivierung im elektronischen Dokumentenmanagementsystem können viele Vorgänge komplett papierfrei abgewickelt und archiviert werden. In einzelnen Bereichen ist ein Arbeiten in Papier aber zweckmäßiger, sodass wir nicht komplett auf Papier verzichten können.

Zudem müssen einzelne Schrift- und Bildwerke nach wie vor in Papier gedruckt werden, insbesondere Berichte an verschiedene Institutionen und Publikationen im Bereich Öffentlichkeit, die zum Teil auch im Ministerium hergestellt werden.

Unseren hausinternen Papierverbrauch zeigt nachstehendes Diagramm.

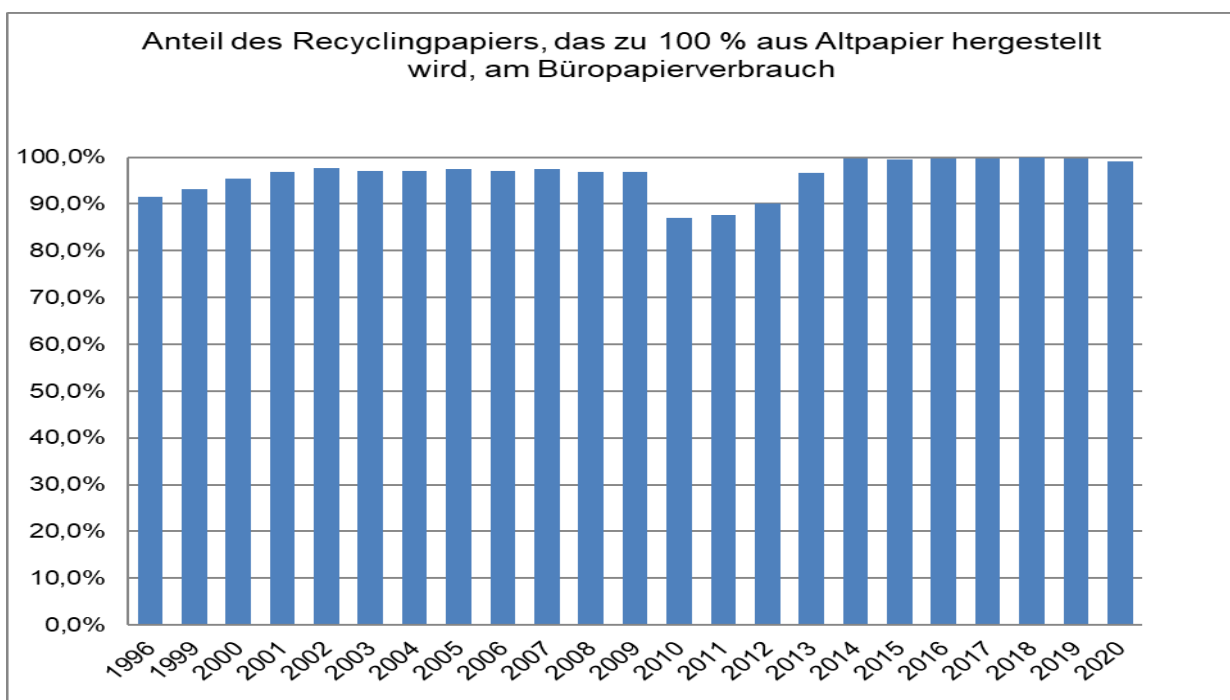


Der extreme Rückgang beim Papierverbrauch von 2019 auf 2020 ist durch die Corona-Pandemie verursacht. So mussten 2020 im Hause keine Publikationen für Veranstaltungen gedruckt werden, da Veranstaltungen aus Infektionsschutzgründen weitgehend entfielen.



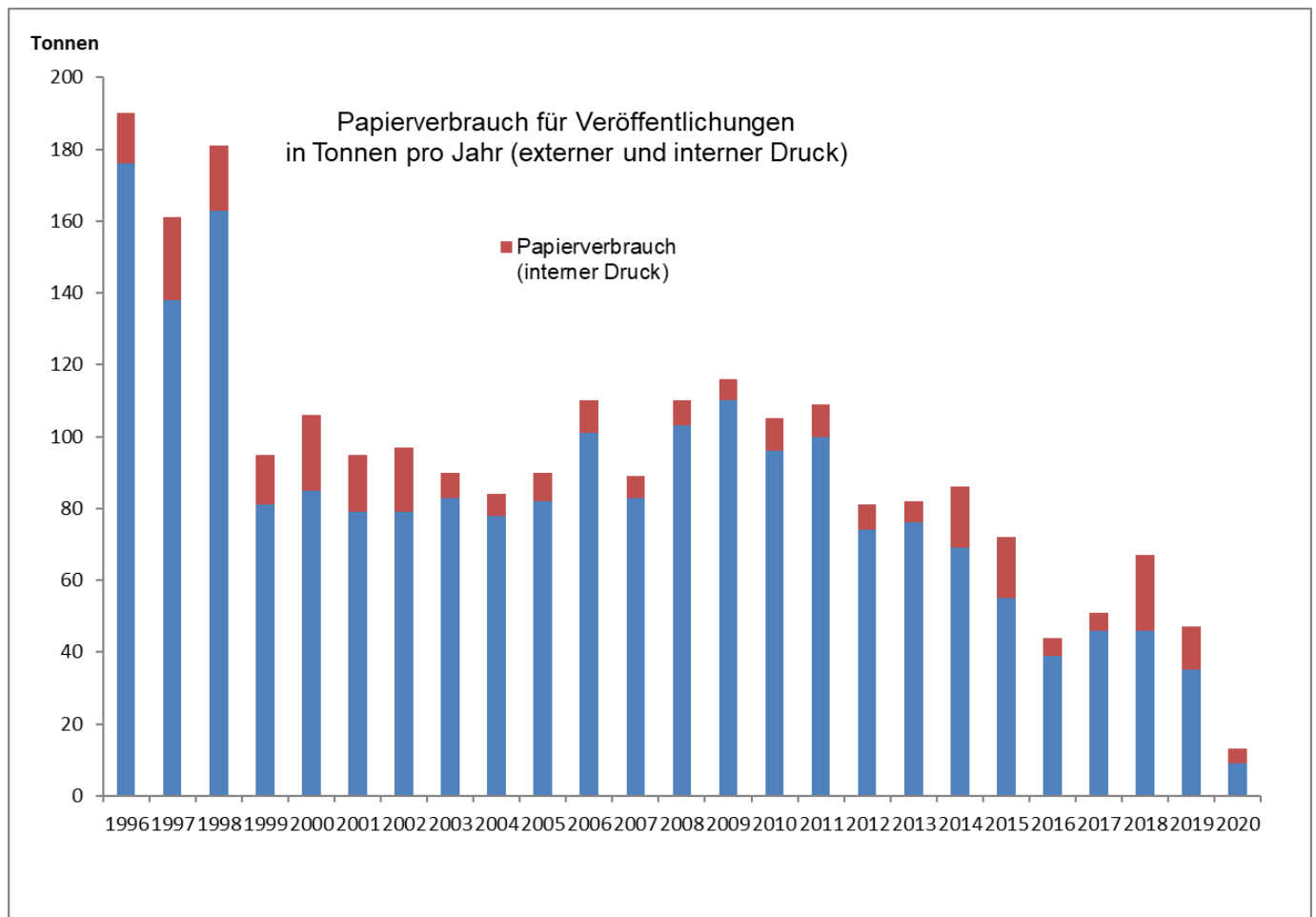
Als Standardbüropapier zum Drucken und Kopieren kommt bei uns Recyclingpapier zum Einsatz, das zu 100% aus Altpapier besteht, den „Blauen Engel“ trägt, überwiegend von einem EMAS-zertifizierten Unternehmen stammt und sich durch beste Gebrauchseigenschaften (Weißheitsgrad, keine Störungen bei Druckern und Kopierern) sowie Haltbarkeit auszeichnet.

Unser Ziel ist, den Anteil dieses Recyclingpapiers an unserem Büropapierverbrauch möglichst hoch (über 98%) zu halten.



Veröffentlichungen

Obwohl die Mehrzahl von Publikationen auch oder ausschließlich in elektronischer Form zur Verfügung gestellt werden, hatten gedruckte Veröffentlichungen bis 2019 (vor der Corona-Pandemie) den größten Anteil an unserem Papierverbrauch. Die Corona-bedingten Einschränkungen führten 2020 führte zur Absage fast aller Veranstaltungen. So konnte z.B. die seit Jahrzehnten sehr erfolgreiche jährliche „BayernTourNatur“ aus Infektionsschutzgründen nicht stattfinden und entfiel damit auch der Druck und die Verteilung der Programmbroschüren. 2020 und voraussichtlich auch 2021 stellen damit im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit drastische Ausnahmejahre dar, deren Verbrauchszahlen nicht auf künftige Jahre übertragen werden können.

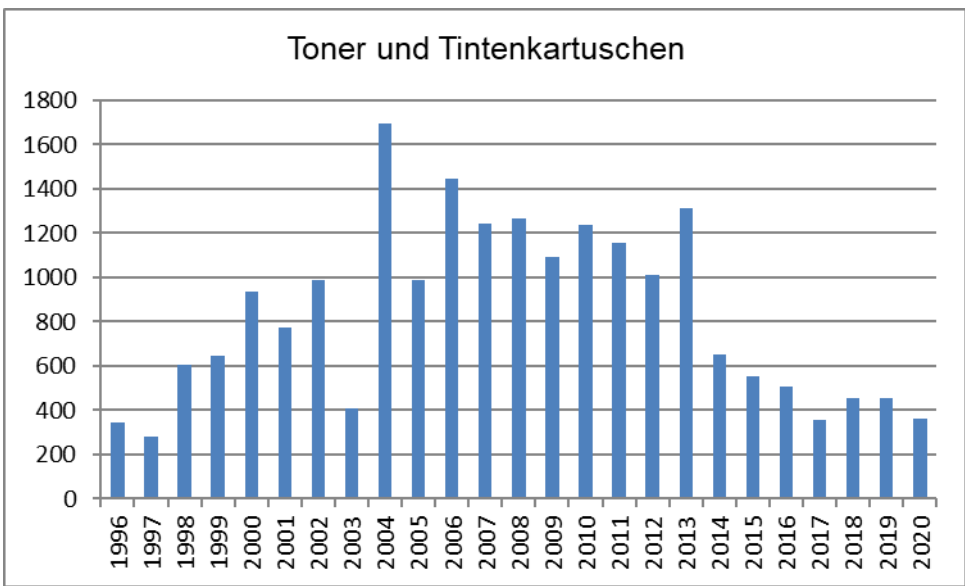
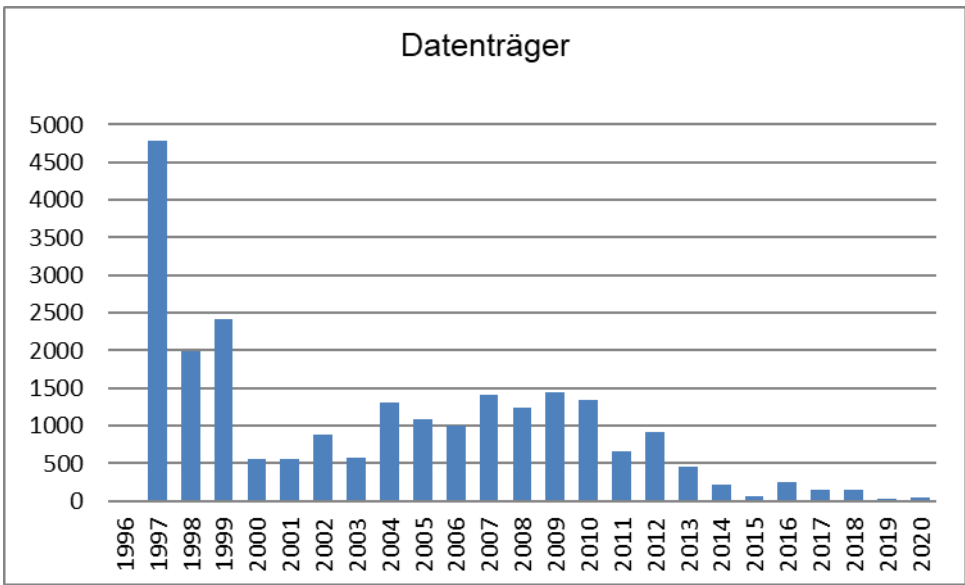
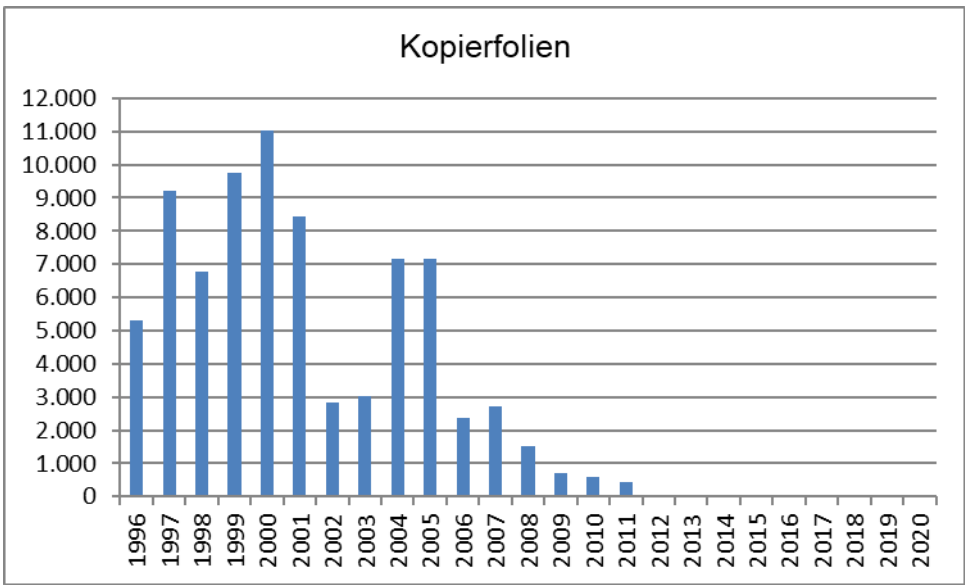


An unserem Ziel, den Papierverbrauch für Veröffentlichungen dauerhaft unter 65 Tonnen pro Jahr zu halten, halten wir weiter fest und sehen gegenwärtig keine Notwendigkeit dieses nachzuschärfen.

Büroartikel

Seit 2003 erfassen wir im Konto Büroartikel nur noch Daten für Organisationsmittel (Sichthüllen, Ordner), Toner, Datenträger und Kopierfolien.

Jahr	Organisationsmittel (Sichthüllen, Ordner)	Toner und Tinten- kartuschen	Datenträger	Kopierfolien
1996	20.600	342	n.e.	5.300
1997	29.267	278	4.790	9.220
1998	17.398	606	1.985	6.766
1999	26.937	647	2.410	9.750
2000	20.979	935	556	11.020
2001	21.747	772	558	8.430
2002	16.567	988	884	2.818
2003	18.783	408	580	3.032
2004	15.269	1.698	1.305	7.165
2005	12.779	989	1.090	7.165
2006	16.638	1.444	994	2.370
2007	23.239	1.246	1.407	2.730
2008	16.755	1.265	1.249	1.522
2009	22.423	1.095	1.448	698
2010	18.628	1.239	1.335	580
2011	15.656	1.156	663	450
2012	15.885	1.014	924	0
2013	11.111	1.313	463	30
2014	8.771	651	211	30
2015	5.035	551	71	0
2016	6.961	506	251	0
2017	8.836	353	147	0
2018	9.811	457	146	0
2019	12.100	454	23	0
2020	6.718	360	53	0



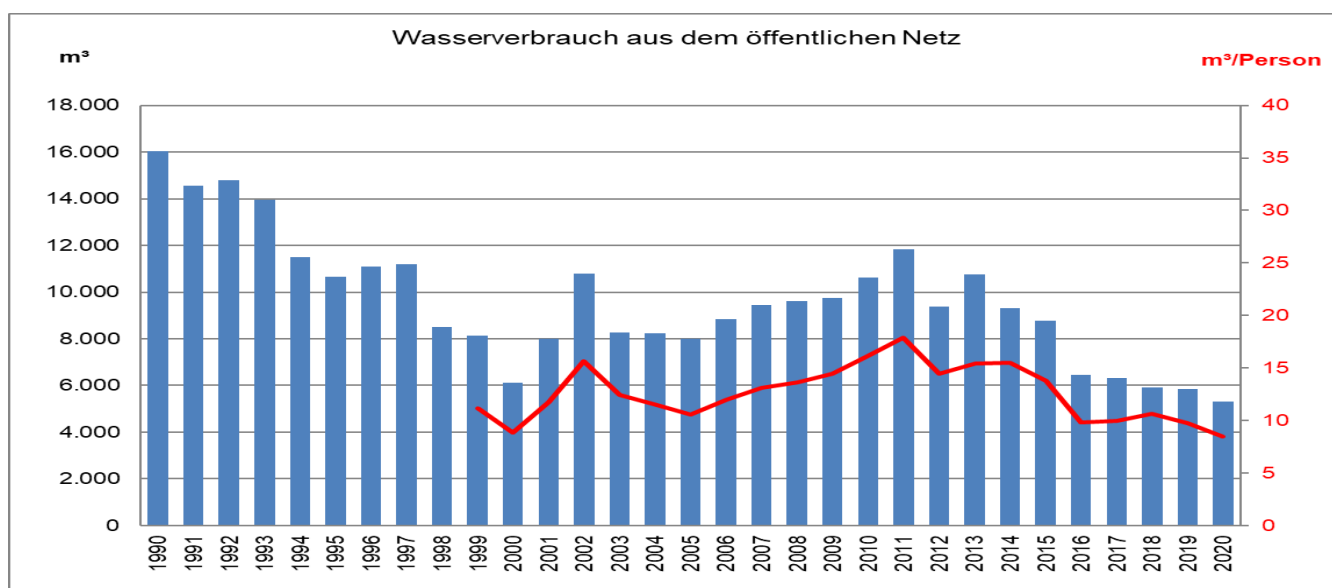
Die Entwicklung des Verbrauchs an Büroartikeln zeigt wie ursprünglich häufig verwendete Büromaterialien (z.B. Kopierfolien für Vorträge an Tageslichtprojektoren) durch elektronische Medien (Datenträger) verdrängt wurden. Aber auch bei den elektronisch bedingten Verbrauchsmaterialien (insbesondere Tonerverbrauch und Datenträger) ist ein Rückgang zu beobachten, was zumindest z.T. auf die Einführung der eAkte und den eGeschäftsgang zurückzuführen ist. Corona-bedingte Einflüsse sind hier nicht zu erkennen.

Betriebsstoffe

Nach Umstellung der Hausdruckerei auf Laserdrucker und Abbau der mechanischen Druckmaschinen sowie Auflassung des ReproLABs kommen im Umweltministerium nur noch wenige Gefahrstoffe vergleichsweise denen in regulären Haushalten zum Einsatz. Die Stoffe werden in geringen Mengen in der Haustechnik und der Hausreinigung verwendet. Der Verbrauch bei den Reinigungsmitteln wird erfasst, doch verzichten wir auf Veröffentlichung der Mengen, da sich wegen unterschiedlicher Zubereitung und Konzentration eine Summendarstellung in Litern verbietet.

Veröffentlicht werden nur noch der nur Treibstoff- und Dieselverbrauch der Dienst-Pkw und für unser Notstromaggregat im Konto Energie.

Wasser



Der Wasserverbrauch aus dem öffentlichen Netz schwankt. Versuche, die Ursache einzelner Verbrauchsspitzen oder Entwicklungen zu klären, sind meist gescheitert. Auch bei Bezug des Gesamtverbrauchs auf die Anzahl der Personen im Hause zeigen sich Schwankungen, die nicht hinreichend plausibel erklärbar sind. Zu erwarten wäre hier ein nahezu konstanter Wert von etwa 10 m³/Person und Jahr. Der Wasserverbrauch wird nicht nur durch die Nutzung der Sanitäreinrichtungen und Teeküchen, sondern auch durch Bewässerung von Pflanzenanlagen und temporär durch Baumaßnahmen be-

einflusst. Durch Umstellung des Bewuchses in unseren Außenanlagen konnte der Bewässerungsbedarf reduziert werden, wodurch zumindest ein Teil des Verbrauchrückgangs im Jahr 2016 zu erklären ist. Der Verbrauchwert im Jahr 2020 ist durch Corona-bedingte Heimarbeit etwas niedriger.

Energie

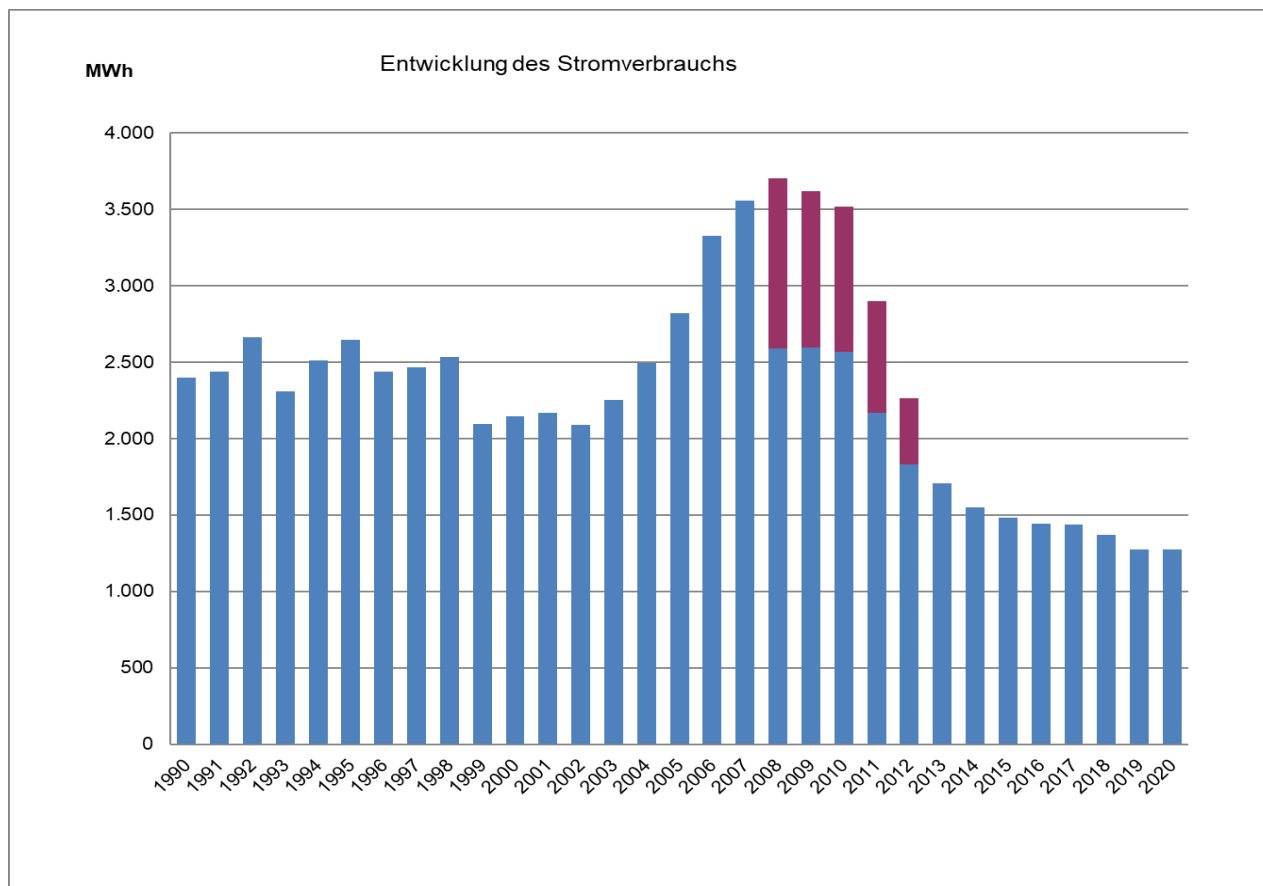
In unserer Energiebilanz erfassten wir vor Umstellung unseres Dienst-Kfz-Fuhrparks auf Hybrid- und Elektrofahrzeuge neben den Energieverbräuchen für das Dienstgebäude den Treibstoffverbrauch von unseren Dienstfahrzeugen. Die Verbräuche der anderen Verkehrsträger (Bahn, Flugzeug und Privat-PKW), die bei Dienst- und Fortbildungsreisen genutzt werden, wurden und werden in der Energiebilanz nicht erfasst, sondern fließen lediglich rechnerisch aus den abgerechneten Personen-Kilometern in der CO₂-Bilanz mit ein.

Mit Umstellung des Fuhrparks kann für unsere Dienstfahrzeuge nur noch der Treibstoffverbrauch, der über die Tankkarten abgerechnet wird, und die Strommenge, die an den Elektroladestationen am Dienstgebäude abgegeben wird, erfasst werden. Werden Hybrid- oder Elektrofahrzeuge an Ladestationen Dritter geladen, so kann dies leider nicht ermittelt werden.

Energie	Strom	Sonnenenergie	Summe Netzstrom und Photovoltaikstrom	Anteil Photovoltaik an Gesamtstrom	Fernwärme	Zwischensumme (Strom und Fernwärme in MWh)	Diesel f. Notstrom	Treibstoffe
Jahr	MWh	MWh	MWh	in %	MWh	MWh	l	l
1990	2.396,3				3.709,5			
1991	2.434,7				3.808,5			
1992	2.664,3				3.660,7			
1993	2.308,9				3.739,0			
1994	2.508,2				3.252,2			
1995	2.616,3	30,0	2.646,3	1,13%	4.002,4	6.648,7		
1996	2.434,9	27,0	2.461,9	1,10%	4.397,6	6.859,5	n.e.	60.166
1997	2.462,8	22,5	2.485,3	0,91%	4.064,0	6.549,3	n.e.	61.706
1998	2.534,8	20,0	2.554,8	0,78%	3.760,0	6.314,8	300	61.841
1999	2.094,3	15,0	2.109,3	0,71%	3.465,0	5.574,3	850	50.219
2000	2.143,5	0,0	2.143,5	0,00%	3.332,5	5.476,0	300	50.961
2001	2.170,0	0,0	2.170,0	0,00%	3.587,3	5.757,3	1.600	37.057
2002	2.085,8	3,0	2.088,8	0,14%	2.888,8	4.977,6	2.200	37.453
2003	2.249,4	58,9	2.308,3	2,55%	3.071,7	5.380,0	1.480	36.130
2004	2.493,4	54,2	2.547,6	2,13%	3.074,8	5.622,4	1.630	52.371
2005	2.763,8	53,2	2.817,0	1,89%	2.750,2	5.567,2	1.340	50.147
2006	3.269,4	55,6	3.325,0	1,67%	2.689,0	6.014,0	1.300	43.825
2007	3.510,9	46,5	3.557,4	1,31%	2.644,0	6.201,4	1.300	41.297
2008	3.640,8	59,2	3.700,0	1,60%	2.638,6	6.338,6	1.300	45.846
2009	3.569,0	48,0	3.617,0	1,33%	2.847,4	6.464,4	1.300	65.161
2010	3.459,7	55,2	3.514,9	1,57%	2.922,1	6.437,0	1.300	61.162
2011	2.827,4	72,3	2.899,7	2,49%	2.450,3	5.350,0	1.300	57.739
2012	2.203,7	60,1	2.263,8	2,65%	2.438,3	4.702,1	1.300	51.818
2013	1.646,6	62,0	1.708,6	3,63%	2.702,0	4.410,6	1.300	49.883
2014	1.494,1	54,5	1.548,6	3,52%	2.152,8	3.701,4	1.300	27.863
2015	1.417,0	62,4	1.479,4	4,22%	2.134,4	3.613,8	1.300	21.946
2016	1.382,3	58,5	1.440,8	4,06%	2.380,8	3.821,6	1.300	20.918
2017	1.387,7	48,7	1.436,4	3,39%	2.329,1	3.765,5	1.300	20.794
2018	1.314,0	53,4	1.367,4	3,91%	2.022,7	3.390,1	2.800	21.387
2019	1.206,1	66,9	1.273,0	5,26%	2.160,0	3.433,0	1.300	24.713
2020	1.221,8	50,5	1.272,3	3,97%	2.310,7	3.583,0	1.300	17.942

Vorstehende Tabelle zeigt die Verbrauchsdaten in absoluten Zahlen. Die an den hauseigenen Ladestationen abgegebene Strommenge ist in der Strommenge enthalten. Die Entwicklung der einzelnen Teilbereiche wird nachstehend an Hand von Diagrammen gesondert erläutert.

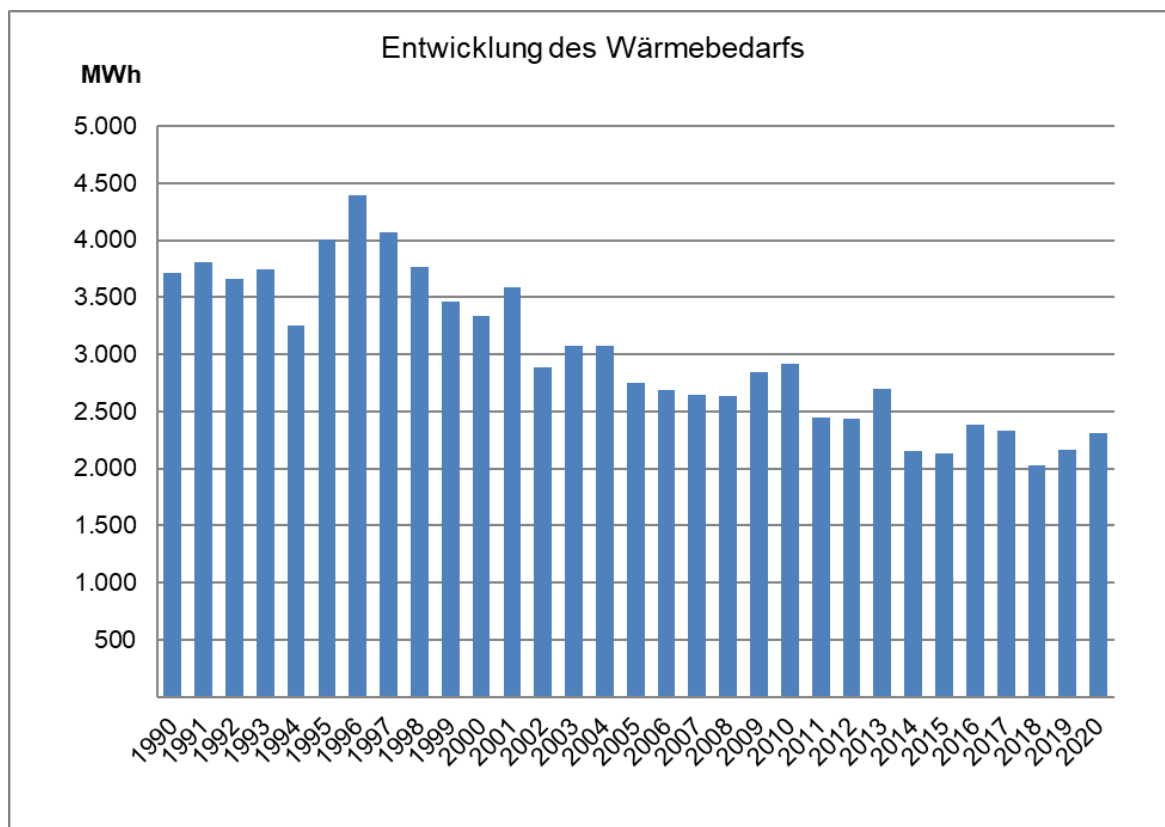
Strom



Ab 2004 war nach einer Stagnation des Stromverbrauchs ein starker Anstieg zu beobachten. Dieser Anstieg war zum größten Teil darauf zurückzuführen, dass seit 2004 in unserem Dienstgebäude ressortfremde Server aufgestellt wurden, die vom Rechenzentrum Süd (RZ Süd) betrieben wurden. Ihre Anzahl und damit der Stromverbrauch nahmen bis 2008 stetig zu. Durch Installation von Zwischenzählern konnten wir ab 2008 den Stromverbrauch des RZ separat erfassen und haben dies auch grafisch im obigen Diagramm dargestellt (auberginefarbene Balkenabschnitte). Mit Umzug des RZ Süd in ein eigenes Dienstgebäude wurden die Server in unserem Dienstgebäude bis Ende 2012 Zug um Zug abgebaut. Wie die Verbrauchsgrafik zeigt, ist dementsprechend auch der Stromverbrauch zurückgegangen. Inzwischen ist mit einem Jahres-Stromverbrauch von rund 1.300 MWh ein Niveau erreicht, das sich ohne größere einschneidende Maßnahmen kaum noch reduzieren lässt, so dass wir für unser Umweltprogramm 2021 das Ziel formulieren: „Dauerhafte Unterschreitung von 1.300 MWh/a Stromentnahme aus dem öffentlichen Netz“. Dieses Ziel ist angesichts dessen, dass hierbei auch der Ladestrom an unseren hauseigenen Ladestationen im Gesamtstromverbrauch mit enthalten ist (im Jahr 2020 rund 22 MWh), durchaus engagiert.

Fernwärme zur Beheizung des Dienstgebäudes

Das Dienstgebäude wird über Fernwärme beheizt, die im nahe gelegenen Müllheizkraftwerk München-Nord erzeugt wird. Die dargestellten Verbrauchswerte sind nicht witterungsbereinigt, sondern entsprechen den echten Verbrauchswerten, die sich aus den Abrechnungen mit den Stadtwerken München ergeben.



Insgesamt ist ein deutlicher Rückgang des Wärmeenergieverbrauchs festzustellen. Dieser ist auf mehrere umfangreiche Sanierungsmaßnahmen am Gebäude zurückzuführen. In den Jahren 2001 bis 2003 wurde das Gebäudedach und die Außenfassade saniert, 2009 und 2010 die Innenhoffassade. Aktuell werden die Fenster an der Außenfassade des Gebäudes, die noch aus der Entstehungszeit des Gebäudes (1967) stammen, durch thermisch gedämmte neue Fensterelemente ersetzt. Der Einspareffekt dieser neuen Fenster wird sich aber erst nach Abschluss der Baumaßnahmen, d.h. frühestens 2023 zeigen.

Treibstoffverbrauch der Dienst-Pkw

Unsere Fahrzeugflotte wurde wegen der physikalischen Vorzüge des Elektroantriebs gegenüber dem Verbrennungsmotor bis auf drei Fahrzeuge mit konventionellem Dieselantrieb auf Fahrzeuge mit Elektroantrieb bzw. mit hybriden Antrieben (Elektro- und Verbrennungsmotoren) umgestellt. Da die Fahrzeugelektronik keine Angaben zu den echten Stromverbräuchen liefert, der Stromverbrauch

beim Laden an verschiedenen Ladestationen nicht vollständig erfassbar ist, lässt sich der tatsächliche Energieverbrauch bei den Elektro- und Hybridfahrzeugen nicht hinreichend genau ermitteln. Wir konnten aber feststellen, dass die Hybridfahrzeuge, die neben einem Elektromotor und Batterie einen konventionellen Verbrennungsmotor besitzen, insgesamt höhere Verbräuche als Fahrzeuge mit reinen Dieselmotoren haben. Aus diesem Grund werden wir unseren Fuhrpark sukzessive auf Fahrzeuge mit reinen Verbrennungs- und reinen Elektroantrieben umstellen und haben diese Maßnahme in unser UP 2021 mit aufgenommen.

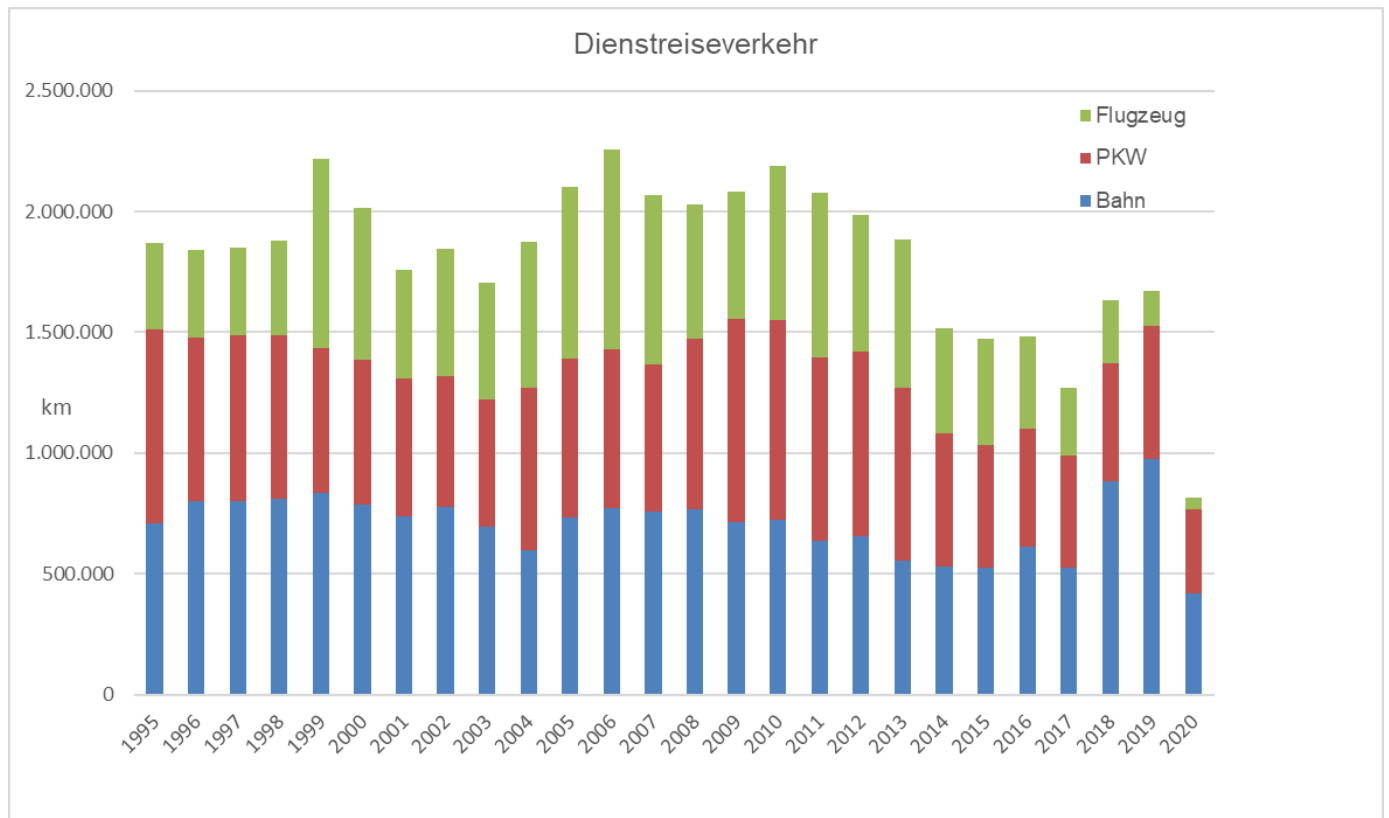
Abfälle

Das Abfallkommen hängt stark von Umzügen im Haus und von Aktenaussonderungsaktionen und dem Betrieb der Kantine ab. Ein Festlegen von Zielgrößen ist wegen dieser Abhängigkeiten nicht möglich. Wie nachstehende Tabelle zeigt, gehen die Abfallmengen in der Tendenz deutlich zurück.

	Abfälle zur Verwertung				Abfälle zur Beseitigung			Abfälle gesamt	
	Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle				Bio-Abfälle				
Jahr	Papier	Glas	Holz, Metall, Kunststoffe	nicht mehr gebrauchsfähige Büromöbel und EDV-Geräte	Speiseabfälle	Fettabscheider	Restmüll (hausmüllähnlich)	Leuchtstofflampen	
	t	t	t	t	t	t	t	Stück	t
2004	92,7	1,7	8,3	15,4	26,4	60	58,1	1480	262,6
2005	82,1	2,7	7,7	12	28,6	60	39,9	0	233,0
2006	92,8	3,9	7	8,3	26,6	60	37,5	0	236,1
2007	61,7	4,7	6	4,2	22,2	60	29,5	1500	188,3
2008	62,7	5,7	5,8	3,4	19,7	60	36,2	0	193,5
2009	61,8	6,6	6	5,4	23	60	31,4	1400	194,2
2010	61,3	8,7	5,5	4,2	25,6	60	31,7	0	197,0
2011	54,7	5,1	5,5	4,4	27	60	34,1	0	190,8
2012	47,6	6	5,4	4,3	32,8	60	24,4	1600	180,5
2013	61,9	8,1	5,7	3,5	33,2	60	18,9	1200	191,4
2014	44,1	6	4,4	4,9	32,0	60	23,0	1700	174,4
2015	24,4	7,9	3,1	5	34,7	60	20,2	0	155,3
2016	25,0	8,9	5	3,9	34,4	60	20,0	0	157,1
2017	39,1	11,2	4,2	3,8	34,8	60	20,8	0	173,9
2018	41,8	13,8	3,9	4,3	34,1	60	22,8	2400	180,7
2019	20,3	12	4,1	4,7	33,4	60	17,6	700	152,1
2020	23,4	13,5	3,6	10	28,3	60	17,2	0	156,0

Verkehr

Das Dienstreiseverkehrsaufkommen unterliegt deutlichen Schwankungen. Da das Dienstreiseaufkommen nur sehr begrenzt über EMAS gesteuert werden kann (z. B. temporäre Schwerpunktaufgaben mit dem Erfordernis von Ortspräsenz), enthalten unsere Umweltprogramme grundsätzlich keine quantifizierten Aussagen zu den Dienstreisen. Steuerbar sind aber die Wahl der Verkehrsträger und die Verbräuche bei den Dienst-Kfz (s. obenstehende Ausführungen zum Treibstoffverbrauch der Dienst-Kfz).



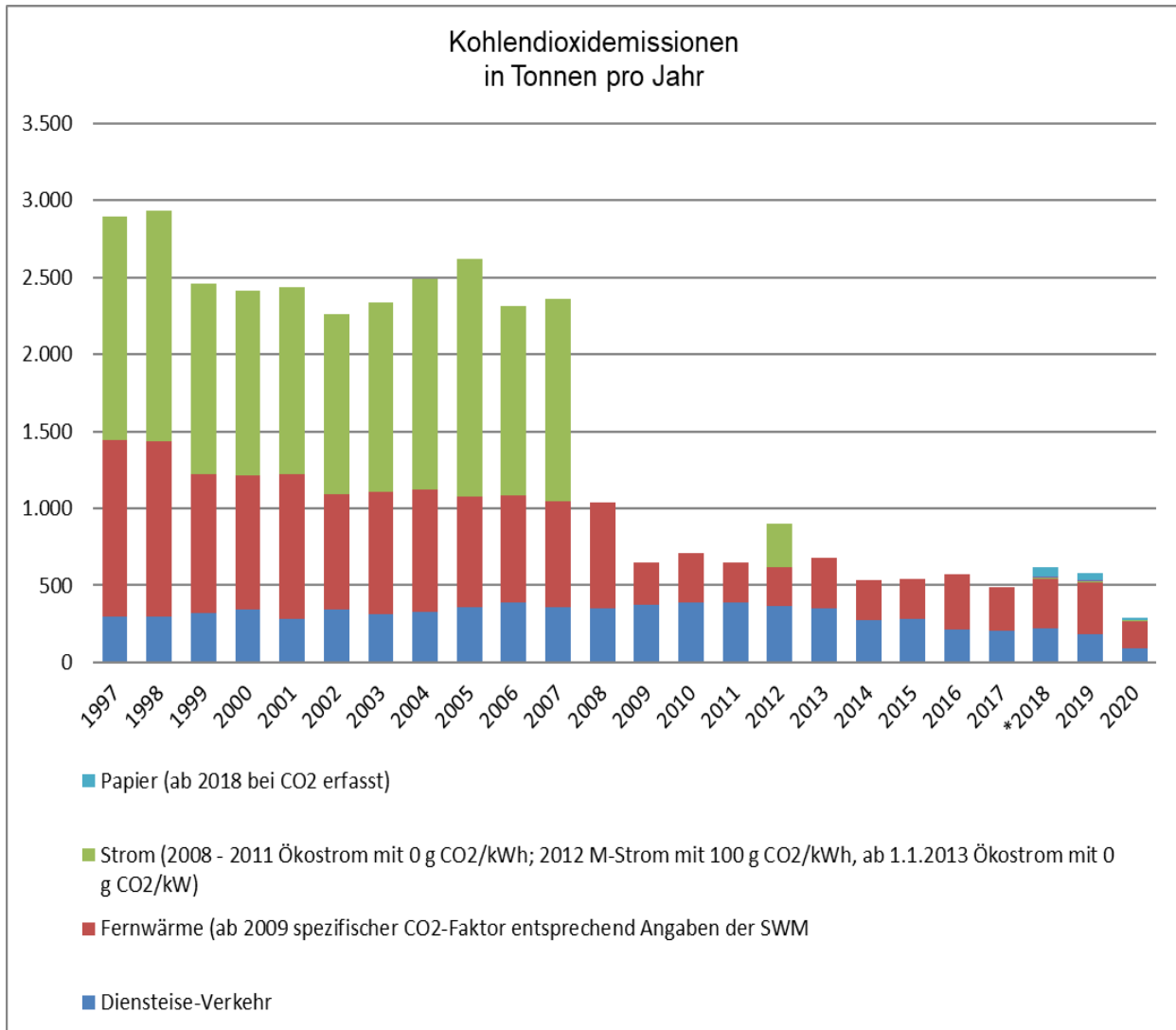
Der extreme Rückgang beim Dienstreiseverkehr von 2019 auf 2020 ist eindeutig auf die Corona-Pandemie zurückzuführen und belegt, dass es wegen externer Einflüsse keinen Sinn macht konkrete km-Zielzahlen zu entwickeln.

Positiv ist beim Dienstreiseverkehr anzumerken, dass bei Aufteilung auf die verschiedenen Verkehrsträger der Bahnanteil gegenüber dem Flugverkehr deutlich zugenommen hat.

Darüber hinaus konnten schon vor der Corona-Pandemie zahlreiche Dienstreisekilometer (und Reisezeiten) durch Nutzung von Videokonferenzanlagen eingespart werden. Dieser Trend hat sich ganz stark auch 2020 bemerkbar gemacht, wobei wir wegen der vorrangigen Nutzung von Videoeinrichtungen an den dezentralen Arbeitsplätzen nicht mehr den Umfang der eingesparten Personenkilometer erheben können. Wir verzichten daher auf die Fortführung unserer bisherigen Statistik zur Nutzung der zentralen Videoanlagen.

Kohlendioxid-Emissionen

Die Kohlendioxid-Emissionen aus unserem Dienstbetrieb können nicht gemessen werden, sondern werden mit spezifischen Faktoren berechnet: Beim Verkehr aus den zurückgelegten Kilometer-Strecken, bei der Fernwärme und beim Strom aus den abgerechneten Kilowattstunden mit den Faktoren der Versorger.



Gut sichtbar ist, dass der Stromverbrauch bis 2007 am stärksten zu unseren CO₂-Emissionen beitrug. Da wir von 2008 bis Ende 2011 von den Stadtwerken München „M-Natur-Strom“ bezogen haben, der ausschließlich aus Wasserkraft erzeugt wird und damit - gemäß Angaben der Stadtwerke - keine CO₂-Emissionen verursacht, entfielen von 2008 bis 2011 die durch Stromverbrauch verursachten CO₂-Emissionen. Im Jahr 2012 hatten wir einen neuen Strombezugsvertrag, bei dem CO₂-Emissionen bis zu 100 g CO₂/kWh zulässig waren. Für das Jahr 2013 und die Folgejahre wurde uns wieder von den Stromversorgern ein Wert von 0 kg CO₂/kWh mitgeteilt.

Der sprunghafte Rückgang der Kohlendioxidwerte bei der Fernwärme von 2008 zu 2009 basiert nicht auf einer tatsächlichen Einsparung, sondern ist darauf zurückzuführen, dass bei der Berechnung bis einschließlich 2008 in Ermanglung genauerer Werte ein spezifischer Wert aus der Literatur in Höhe

von 260 g CO₂/kWh angesetzt und 2009 erstmalig ein von den Stadtwerken genauer ermittelter Wert in Höhe von 96 g CO₂/kWh (2010: 108, 2011: 105 g CO₂/kWh) verwendet wurde. 2020 lag dieser Wert sogar nur noch bei 66 g CO₂/kWh. Nicht enthalten sind in unseren CO₂-Werten die Emissionen, die sich aus Herstellung Transport und Entsorgung der verschiedenen im Ministerium verbrauchten Waren ergeben, sowie die Emissionen aus den mit öffentlichen Verkehrsmitteln im Stadtgebiet durchgeführten Dienstfahrten, dem Pendler-, Besucher- und Lieferantenverkehr und dem täglichen Arbeitsweg der Beschäftigten zur Dienststelle. Die Abschätzung dieser Größen würde einen sehr hohen Aufwand verursachen, gleichzeitig wären die geschätzten Werte jedoch sehr ungenau und mit einem großen Unsicherheitsfaktor belastet. Zusätzlich aufgenommen wurden aber in die CO₂-Statistik rückwirkend seit 2018 die rechnerischen CO₂-Emissionen, die sich aus unserem Papierverbrauch ergeben. Grund hierfür ist, dass wir seit 2018 auch für diesen Bereich unsere rechnerischen CO₂-Emissionen über einen externen Dienstleister durch den Erwerb und die Stilllegung von Emissionsminderungszertifikaten (Sichuan Haushaltsbiogasprogramm, Gold Standard CER) kompensieren lassen. Für 2018 wurden Zertifikate für 630 t CO₂, für 2019 587 t CO₂ und für 2020 287 t CO₂ erworben.

EMISSIONSKOMPENSATION

Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz hat durch Investition in das Projekt Sichuan Haushaltsbiogasprogramm Gold Standard CER, China

ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG



die im Jahr 2020 angefallenen unvermeidbaren Treibhausgasemissionen an anderer Stelle kompensiert und damit klimaneutral gestellt. Die Emissionskompensation umfasst dabei Scope 1, Scope 2 und Scope 3 Emissionen. Die Gesamtemissionsmenge beträgt 287 t CO₂e.

Für 2020 klimaneutral gestellte Emissionen:

Vorkette Strom inkl. Eigenerzeugung	3 t CO ₂ e
Wärme	179 t CO ₂ e
Fuhrpark	55 t CO ₂ e
Privat-PKW	15 t CO ₂ e
Bahn	5 t CO ₂ e
Flug kurz	6 t CO ₂ e
Flug mittel (> 764 km < 3.700 km)	1 t CO ₂ e
Flug lang	5 t CO ₂ e
Beschaffung (Papier)	14 t CO ₂ e
Sonstiges (Diesel Notstrom)	3 t CO ₂ e
Summe	287 t CO₂e

Die FutureCamp Climate GmbH hat die Berechnung der ermittelten Mengen auf Basis anerkannter Methoden vorgenommen und die Gesamtemissionen durch den Kauf und die Stilllegung von 287 Emissionsminderungszertifikaten kompensiert. Die Kosten für die Zertifikate übernimmt das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz.

CO₂e (CO₂-Äquivalent) ist das international anerkannte Maß für die Klimawirksamkeit von Treibhausgasen und entspricht der Klimawirksamkeit von 1 t CO₂.

FutureCamp Climate GmbH
 Aschauer Str. 30, 81549 München
 Tel. +49 (1520) 380 69 48
 www.future-camp.de



3.2.4 Kennzahlen und Kernindikatoren im Jahresvergleich 2019 zu 2020

Kennzahlen und Kernindikatoren (Vergleich 2019 und 2020)	2019 absolut	2019 relativ 600 P, 510 MA 31.559 m ² NGF	2020 absolut	2020 relativ 626 P, 528 MA 31.559 m ² NGF
Elektroenergieverbrauch	1.273 MWh	2.122 kWh/	1272 MWh	2.032 kWh/P
Heizenergieverbrauch (TG nicht beheizt)	2.160 MWh	68,4 kWh/m ²	2.311 MWh	73,2 kWh/m ²
Wasserverbrauch aus dem Trinkwassernetz	5.833 m ³	9,7 m ³ /P a 46,3 l/P d*	5.320 m ³	8,5 m ³ /P a 40,5 l/P d*
Papierverbrauch gesamt (inkl. extern gedruckter Veröffentlichungen)	59,6 t	**		**
Anteil Recyclingpapier (aus 100 % Altpapier) beim Büropapier		99,7 %		99,0 %
Kopier-/Büropapierverbrauch (ohne Papier für intern und extern gedruckte Veröffentlichungen)	11.928 kg	23,4 kg/MA	8.829 kg	16,7 kg/MA
Abfallaufkommen gesamt	152,1 t***	254 kg/P ***	156,0 t***	249 kg/P***
Abfallarten in %				
Papier		13 %		15 %
Bio-Abfälle (Speisereste und Fettabscheider)		61 %		57 %
Restmüll		12 %		11 %
Sonstige Wertstoffe		14 %		17 %
Gefährliche Abfälle		0 %		0 %
Geschäftsverkehr (DR)	1.670.050 km	3.275 km/MA	817.087 km****	1.548 km/MA****
Verkehrsträger bei Dienstreisen (DR) in %				
Bahn		58 %		51 %
Flugzeug		9 %		6 %
PKW		33 %		43 %
Durchschnittlicher Kraftstoffverbrauch der Dienst-Pkw-Flotte (nur auf Pkw mit Verbrennungsmotorantrieb bezogen)		7,64 l/100km		Statistik eingestellt
CO ₂ -Emissionen (aus Strom- und Fernwärmeerzeugung Dienstreiseverkehr und Papier)	587 t CO ₂	1,15 t CO ₂ /MA	287 t CO ₂ ****	0,54 t CO ₂ /MA****
<p>Das Dienstgebäude nutzen neben dem Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, der Bayerische Naturschutzfonds, ein städtischer Kindergarten und eine Kantine. Bis Mitte 2018 waren auch Beschäftigte des Bauministeriums und seit 2019 Beschäftigte des Kultusministeriums im Dienstgebäude mit untergebracht.</p> <p>P = Personen im Dienstgebäude MA = Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums NGF = Fläche des Dienstgebäudes ohne die Tiefgarage, da diese nicht beheizt wird * bei 210 Arbeitstagen; ** auf die Bildung einer mitarbeiterbezogenen Kennzahl wird verzichtet *** Abfall-Zahlenwerte beinhalten rund 88,3 Tonnen Abfälle, die durch den Kantinenbetrieb verursacht sind (inkl. Fettabscheiderinhalt) **** Die Zahlenwerte sind durch Corona-Pandemie stark beeinflusst</p>				
<p>Der Anteil der Energie aus regenerativen Energiequellen lag 2020 beim Strom bei 100 % und bei der Heizenergie bei 0 % (Heizkraftwerk München Nord; Brennstoffe: Fossil und Abfall), damit beim Gesamtverbrauch von Strom und Wärme bei $1272/(1272+2311) = 35,5\%$.</p>				

3.2.5 Umweltbilanz 2020

Nr.	Input/Output Kontenbezeichnung	Einheit	Bestand 31.12.2019	Input 2020	Output 2020	Bestand 31.12.2020
1.	Anlagegüter					
1.1	Grundstücke und Bauten					
	Grundstück	m ²	13.205	0	0	13.205
	Nettogrundfläche Dienstgeb.	m ²	31.559	0	0	31.559
	Nettogrundfläche Tiefgarage	m ²	7.254	0	0	7.254
	Bruttorauminhalt Dienstgeb.	m ³	124.113	0	0	124.113
	Bruttorauminhalt Tiefgarage	m ³	25.326	0	0	25.326
1.2	Gebäudeanlagen	Stück	236*	10*	1	245“
1.3	Technische Anlagen und Maschinen					
1.3.1	DV-Anlagen	Stück	3.028	232	377	2.883
1.3.2	Büromaschinen, Telekommunikation	Stück	2.748	141	178	2.711
1.3.3	sonstige technische Einrichtungen	Stück	253	6	5	254
1.3.4	Fuhrpark	Stück	13	12	14	15
1.4	Betriebs- und Geschäftsausstattung					
1.4.1	Möbel	Stück	13.268	79	73	13.274
2.	Umlaufgüter					
2.1	Papier					
2.1.1	Büropapier, techn. Papiere	t	4,8	15,2	12,9	7,1
3.	Wasser / Abwasser					
3.1	Trinkwasser/Abwasser	m ³		5.320	5.320	
3.2	Kühlwasser/ Kühlwasser- versickerung	m ³		597.937	597.937	
4.	Energie/Abwärme					
4.1	Strom**	MWh		1.272		
4.2	Fernwärme	MWh		2.311		
4.4	Treibstoffe***	l		***		
4.5	Sonnenenergie (Strom)	MWh		50,5		
5.	Abfälle gesamt	t			156,0	

*inklusive Stromladestationen (22 MWh)

**ohne Strom aus eigener Photovoltaikanlage (s. 4.5)

*** Wegen Umstellung des Fuhrparks auf Hybrid- und Elektro-Kfz wurde die Treibstoffstatistik in Litern eingestellt. Der CO₂-Ausgleich erfolgt über rechnerische CO₂-Äquivalente aus den Kilometerzahlen.

3.2.6 Umweltprogramm (direkte Umweltauswirkungen) - UP 2021

Zur Verbesserung der direkten Umweltauswirkungen aus unserem Verwaltungsbetrieb nehmen wir uns nachstehendes Umweltprogramm für die kommenden drei Jahre vor.

Nr.	Ziele	Maßnahmen z. B.	Termin	verantwortlich
1	Begrenzung des Stromverbrauchs aus dem öffentlichen Stromnetz auf unter 1.300 MWh/a	Verzicht der Anschaffung von neuen Gerätschaften mit hohem Energiebedarf	2021-2023	17 und 16
		Erfassung der Stromabgabe über die Elektroladestationen	laufend	17
2	Begrenzung des Wärme-/Heizenergiebedarfs für das Dienstgebäude auf unter 2.200 MWh/a	Austausch der Fenster an der Außenfassade	2022-2023	17
3	Begrenzung des Treibstoffverbrauchs und der CO₂ und NO_x-Emissionen bei Dienstfahrten	Miete, Leasing und Kauf von Fahrzeugen mit geringem Treibstoffverbrauch sowie geringem CO ₂ - und Stickoxid-Ausstoß	laufend	17
		Ersatz von Hybrid-Fahrzeugen durch Fahrzeuge mit reinem Verbrenner- oder Elektromotor.	laufend	17
4	Senkung des Papierverbrauchs für Büro Zwecke auf unter 20 kg/MA a	Nutzung der Möglichkeiten der elektronischen Akte und des elektronischen Geschäftsgangs	laufend	alle Beschäftigten
		Intensivierung des elektronischen Versands	regelmäßig	Abteilungsassistenzen und alle Beschäftigten
		Verzicht des Komplettausdrucks von umfangreichen Anlagen	regelmäßig	alle Beschäftigten
5	Begrenzung des Papierverbrauchs für Publikationen auf unter 40 t/a	Beratung bei der Festlegung der Auflagenstärke von Veröffentlichungen sowie statistische Erfassung der Mengen mit Abschätzung der Mengenentwicklung bei Druckaufträgen	laufend	ÖR
		Beobachtung der Bestellmengen auch unterjährig mit Wammeldung und Gegensteuern vor Erreichen einer zielgefährdenden Menge	regelmäßig	ÖR
6	Halten des Anteils des Recyclingpapiers auf über 98 %	Weitgehende Verwendung von Recyclingpapier, das zu 100% aus Altpapier hergestellt wird, auch bei Farbausdrucken und Farbkopien	laufend	alle Beschäftigten
7	Förderung der biologischen Vielfalt am Standort und Dienstgebäude	Entwicklung eines Konzepts sowie Indikators für die biologische Vielfalt am Standort	2022	65 mit 17

4 Das Umweltmanagementsystem (UmS) des StMUV

4.1 Organisationsgrundsatz für das UmS

Unser Umweltmanagementsystem (UmS) basiert auf dem Grundgedanken, dass Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Prozessabläufe sich weitgehend vorhandener Strukturen (vorrangig Geschäftsverteilungsplan und Organigramm) bedienen sollen. Dies ist ein Gebot der Wirtschaftlichkeit und hat den Vorzug, dass bei organisatorischen und personellen Änderungen i.d.R. keine Änderung der Systemelemente und -beschreibungen erforderlich ist. EMAS ist damit in der Gesamtorganisation des Ministeriums voll integriert.

4.2 Systemelemente des UmS

Für die einzelnen Systemelemente unseres UmS sind folgende Verantwortlichkeiten festgelegt:

UmS-Element	Verantwortung
Umweltpolitik (Umweltleitlinien)	Staatsminister
Umweltmanagement (Umweltmanagementvertreter)	Amtschef
Pflege und Dokumentation des UmS	Umweltmanagementbeauftragter
Teilaufgaben im Umweltmanagementsystem	Verantwortliche nach Matrix im Umweltmanagement- Handbuch
Umweltbetriebsprüfung	Umweltmanagementbeauftragter
Umwelterklärung	Staatsminister

4.3 Beschreibung von Aufgaben und Prozessen in den Systemelementen

Umweltpolitik

Die Umweltpolitik i.S. von EMAS umfasst die umweltbezogenen Gesamtziele und Handlungsgrundsätze des StMUV, einschließlich der Einhaltung aller einschlägigen Umweltvorschriften und der Verpflichtung zur kontinuierlichen Verbesserung der Umwelleistung. Eine aktuelle Formulierung unserer Umweltpolitik findet sich in Kapitel 2.

Umweltziele, umweltschutzfachliche Programme und Strategien

Die Umweltpolitik mündet u.a. in der Festlegung von Umweltzielen, die bezogen auf die „indirekten Umweltauswirkungen“ durch konkrete Maßnahmen in fachspezifischen Sonderprogrammen wie dem Umweltpakt Bayern sowie in der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie unterlegt sind, und im Bereich der „direkten Umweltauswirkungen“ im Umweltprogramm der Umwelterklärungen ihren Niederschlag finden.

Umweltmanagementvertreter

Der Umweltmanagementvertreter (Amtschef) vertritt das Umweltmanagementsystem (UmS) nach außen. Operationelle Teilaufgaben innerhalb des Systems sind entsprechend einer Verantwortungsmatrix im Umweltmanagement-Handbuch (UmHB) zugeordnet.

Ausgewählte operative Teilaufgaben im UmS

Koordinierung, Controlling und Ansprechpartner

Die Erledigung von Teilaufgaben aus dem UmS wie beispielsweise die regelmäßige Datenerhebung, Datenbewertung, das Ziehen von Schlussfolgerungen aus den Daten, das Fertigen von Berichten, die Durchführung von internen und externen Prüfungen (Audits), der Entwurf von Programmen und Bilanzen erfordert eine Koordination und ein Controlling. Der Umweltmanagementbeauftragte (UmB) ist zuständig für die oberste Ebene der Koordination. Er erstellt Zeitpläne und überwacht die Einhaltung der Zeitpläne. Bei der Umsetzung wird er durch ein EMAS-Team unterstützt, das von ihm geleitet wird. Das EMAS-Team besteht aus den „Kordinatoren für die indirekten und direkten Umweltauswirkungen“, Beschäftigten aus den Bereichen „Innerer Dienstbetrieb“, „IuK/EDV“, „Bau“, „Öffentlichkeitsarbeit“ und „Aus- und Fortbildung“ sowie einem Vertreter des Personalrats.

Der Koordinator indirekte Umweltauswirkungen stimmt die wesentlichen Strategien und Programme ab und fordert entsprechende Beiträge aus dem Bereich indirekte Umweltauswirkungen (Fachabteilungen) an und bereitet diese EMAS gerecht auf. Ergänzend hierzu stellt er den Informationsfluss zum EMAS-Team sicher. Da die fachliche Zuständigkeitszuteilung gemäß Geschäftsverteilungsplan für die Schwerpunkte im Bereich der indirekten Umweltauswirkungen direkt greift (Beeinflussbarkeit durch EMAS gering), werden die entsprechenden Strategien und Programme eigenverantwortlich von den Fachreferaten in den Fachabteilungen fortgeschrieben. Die Entwicklung in den jeweiligen Themenfeldern werden durch die Umweltindikatoren gemessen und im Umweltbericht Bayern <http://www.stmuv.bayern.de/themen/daten/umweltbericht/index.htm> beschrieben.

Der Koordinator direkte Umweltauswirkungen bündelt die Aktivitäten im Bereich direkte Umweltauswirkungen. Hierzu gehören insbesondere:

- Datensammlung und Bewertung für die jährlichen Bilanzen in den Einzelkonten
- Entwickeln von Umweltprogrammen (UP)
- Controlling der Einhaltung der Maßnahmen im UP
- Ansprechpartner für Verbesserungsvorschläge und Beschwerden bzgl. des direkten Bereichs

Fachaufgaben im Bereich indirekte Umweltauswirkungen (Umweltauswirkungen bezogen auf den Organisationszweck)

Im Bereich der indirekten Umweltauswirkungen aus den fachlichen Aufgaben (Tätigkeiten des StMUV) werden die Aufgaben eigenverantwortlich von den Fachreferaten in den Fachabteilungen erledigt.

Die indirekten Umweltauswirkungen des StMUV sind eng mit der Tätigkeit ressortexterner Akteure verknüpft, so dass positive indirekte Umweltauswirkungen des StMUV oft nur im Benehmen mit anderen Ressorts, Kommunen oder Partnern aus den gesellschaftlichen Gruppierungen erreicht werden können. Die Ressorts sind daher auch regelmäßig bei der Formulierung konkreter umweltpolitischer Ziele beteiligt und eingebunden.

Fachaufgaben im Bereich direkte Umweltauswirkungen (Umweltauswirkungen bezogen auf den Dienstbetrieb)

Das Umweltmanagement im Bereich der direkten Umweltauswirkungen bezieht sich auf den Dienstbetrieb, das Dienstgebäude sowie die durch Dienst- und Fortbildungsreisen und den Weg zur Arbeit bedingten Umweltauswirkungen. Der Bereich der direkten Umweltauswirkungen betrifft damit vorrangig den Aufgabenbereich der Abteilung 1 „Zentrale Aufgaben und Dienstleistungen, Recht“ sowie sämtliche Beschäftigte als Nutzer von Dienstgebäude, Gebäudeeinrichtungen und Dienstreisende. In diesem Bereich werden in Anlehnung an unsere erste Umwelterklärung von 1997 folgende Konten betreut: Anlagegüter (Grundstücke und Bauten, Gebäudeanlagen), Technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geräteausstattung, Umlaufgüter (Papier, Büroartikel, Betriebsstoffe), Wasser und Abwasser (Trinkwasser, Kühlwasser, Abwasser), Energie (Strom, Fernwärme, Heizöl, Treibstoffe, Sonnenenergie), Abfälle und Verkehr (Dienst- und Fortbildungsreisen).

Darüber hinaus werden auch die umweltrelevanten Aufgabenbereiche Arbeitssicherheit und Lärmschutz, Gefahrstoffe und Unfallfolgen in der Abteilung 1 wahrgenommen soweit sie das Dienstgebäude oder den Dienstbetrieb am Rosenkavalierplatz betreffen.

Kontenübergreifend ergeben sich aus dem UmS folgende einheitlichen Aufgabenbereiche:

- Beschaffung
- Wartung und Bestandsverwaltung
- Entsorgung

Bei der Ausübung dieser Tätigkeiten werden einheitlich folgende Grundsätze beachtet:

Beschaffung

Vor der Beschaffung steht die Bedarfsprüfung. Ist diese positiv abgeschlossen, erfolgt eine ökologische Bewertung unterschiedlicher Produkte und Güter. Grundsätzlich bevorzugt das StMUV Produkte aus Recyclingmaterialien oder nachwachsenden Rohstoffen, die umweltverträglich hergestellt wurden. Sie sollen sich zudem durch Langlebigkeit, Reparatur- und Wartungsfreundlichkeit und Wiederverwendbarkeit auszeichnen. Bei der Beschaffungspraxis orientieren sich die Beschaffungsstellen unter anderem an den „Umweltrichtlinien Öffentliches Auftragswesen“ des StMWi, am „Handbuch Umweltfreundliche Beschaffung“ des Umweltbundesamtes, am Leitfaden des LfU „Umwelt und Klimaschutz in Behörden“ sowie Marktbeobachtungen der Beschaffer hinsichtlich der Umwelteigenschaften von Produkten.

Alle Beschaffer sollen auf die Produzenten und Lieferanten hinsichtlich ihres Umweltverhaltens einwirken.

Wartung und Bestandsverwaltung

Schon bei Auswahl von Produkten oder Planung von baulichen Maßnahmen sind die Gesichtspunkte der späteren Wartung zu berücksichtigen. Insofern ist enge Abstimmung der Beschaffer mit den für die Wartung beauftragten Beschäftigten notwendig. Für hochwertige Wirtschaftsgüter ist neben der Inventarisierung (aus den haushaltrechtlichen Vorgaben) das Erstellen von Wartungsplänen erforderlich. Zur Bestandsverwaltung wird das elektronische System BayIVS eingesetzt. In den Wartungs- und Betriebsanweisungen sind auch die Gesichtspunkte des Arbeits- und Unfallschutzes zu berücksichtigen. Bei Vergabe von Wartungsarbeiten an Dritte, ist dafür Sorge zu tragen, dass diese sich umweltgerecht verhalten (insbesondere bzgl. der Art und Menge der eingesetzten Stoffe, der Wiederverwendung und Entsorgung von Anlagenteilen, der Entsorgung von Verpackungsmaterialien). Zu den Wartungsarbeiten am Dienstgebäude gehört auch die Reinigung des Dienstgebäudes, die an Dritte vergeben ist.

Entsorgung

Oberstes Ziel des Abfallwirtschaftskonzepts ist es, Abfälle möglichst zu vermeiden. Ist dies nicht möglich, sorgen das StMUV mit seinen Mitarbeitern für eine umweltverträgliche Verwertung oder Beseitigung der entstehenden Abfälle. Im Bereich des allgemeinen Dienstbetriebs tragen hierzu alle Beschäftigten durch folgende Maßnahmen bei: Sorgsamer Umgang mit Büroeinrichtungen und Gerätschaften, sparsamer Umgang mit Papier, Trennung von Altpapier von sonstigen Abfällen in den Büros. Abfalltrennung bei Nutzung der Abfallbehälter in den Teeküchen. Gesonderte Anforderungen bezogen auf die einzelnen Konten finden sich in der Anlage zum UmHB.

Rechtskonformität

Ein wesentliches Ziel von EMAS besteht in der "Sicherstellung der Rechtskonformität" der teilnehmenden Organisation. Das StMUV führt seinen Standort ein Verzeichnis, in dem die umweltrelevanten Rechtsvorschriften enthalten sind. Die Verantwortung zur Einhaltung und Umsetzung der standort- und dienstgebäudespezifischen Vorschriften obliegt den Organisationseinheiten, die nach Geschäftsverteilungsplan mit den einschlägigen Aufgaben betraut sind.

Umweltbetriebsprüfung

Die Umweltbetriebsprüfung umfasst die regelmäßige Überprüfung der Aufgabenwahrnehmung, Systembeschreibungen und Systemelemente zunächst durch interne Prüfer (interne Auditoren) und anschließend durch einen externen Umweltgutachter. Der UmB trifft in Absprache mit dem EMAS-Team die Festlegungen zur Umweltbetriebsprüfung, stellt jährlich einen Zeit- und Arbeitsplan auf. Der UmB fertigt mit Unterstützung des EMAS-Teams einen Prüfbericht über die internen Audits und legt diesen zur Kenntnisnahme und Entscheidung dem Umweltmanagementvertreter (Amtsleiter) vor. Der externe Umweltgutachter erhält den Prüfbericht zu den internen Audits, führt stichprobenweise Prüfungen vor Ort und Gespräche mit Verantwortlichen im UmS durch und fasst seine Ergebnisse in einem Gutachterbericht zusammen.

Kontext

Das StMUV obliegt aufgrund seiner Tätigkeiten einer besonderen Öffentlichkeitsaufmerksamkeit und einer hohen Vorbildfunktion. Daher ermitteln wir jedes Jahr alle interessierten und beteiligten Parteien und bewerten die Intensität unserer Verbindungen. Dies wird in einer separaten „Stakeholder-Landkarte“ abgebildet, die wir in dieser Umwelterklärung aber nicht veröffentlichen.

Risiken- und Chancenmanagement

Das StMUV ermittelt im Rahmen des betrieblichen Risikomanagements die Risiken und daraus resultierenden Chancen um seinem Auftrag als Ministerium nachzukommen.

Die Risikomatrix wird in dieser Umwelterklärung aber nicht abgebildet.

5 Gültigkeitserklärung

Gültigkeitserklärung

Erklärung des Umweltgutachters zu den Begutachtungs- und Validierungstätigkeiten

Der
Umweltgutachter
Dipl.-Ing. Henning von Knobelsdorff
Mozartstraße 44
53115 Bonn

hat das Umweltmanagement-System, die Umweltleistungen, die Umweltbetriebsprüfung
und ihre Ergebnisse sowie die konsolidierte Umwelterklärung der obersten
Landesbehörde

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz StMUV

Rosenkavalierplatz 2
81925 München

Registriernummer: DE-155-00237

mit dem NACE Code 84.1 „Öffentliche Verwaltung“ auf Übereinstimmung mit der Verordnung ((EG) 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über die freiwillige Beteiligung von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (EMAS III) mit den Ergänzungen VO (EU) 2017/1505 und VO (EU) 2018/2026 geprüft und die vorliegende Umwelterklärung für gültig erklärt.

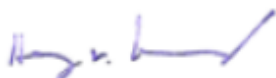
Mit der Unterzeichnung dieser Erklärung wird bestätigt, dass

- die Begutachtung und Validierung in voller Übereinstimmung mit den Anforderungen der Verordnung (EG) 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über die freiwillige Beteiligung von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (EMAS III) mit den Ergänzungen VO (EU) 2017/1505 und VO (EU) 2018/2026 durchgeführt wurden,
- das Ergebnis der Begutachtung und Validierung bestätigt, dass keine Belege für die Nichteinhaltung der geltenden Umweltvorschriften vorliegen,
- die Daten und Angaben der konsolidierten Umwelterklärung des o.b. Standortes mit 510 Mitarbeitern im begutachteten Bereich, ein verlässliches, glaubhaftes und wahrheitsgetreues Bild sämtlicher Tätigkeiten des Standortes innerhalb des in der Umwelterklärung angegebenen Bereiches geben.

Die nächste konsolidierte Umwelterklärung wird der Registrierstelle spätestens bis 12. Dezember 2024 vorgelegt.

Diese Erklärung kann nicht mit einer EMAS-Registrierung gleichgesetzt werden. Die EMAS-Registrierung kann nur durch eine zuständige Stelle gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 erfolgen. Diese Erklärung darf nicht als eigenständige Grundlage für die Unterrichtung der Öffentlichkeit verwendet werden.

München, den 09. Dezember 2021



Henning von Knobelsdorff
Umweltgutachter
DE-V-0090

Impressum und Ansprechpartner

Herausgeber:

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV, Oktober 2021)

Hausadresse: Rosenkavalierplatz 2, 81925 München

Postfachadresse: Postfach 81 01 40, 81901 München

E-Mail: poststelle@stmuv.bayern.de

<http://www.stmuv.bayern.de>

Ansprechpartner bei Fragen oder Anregungen:

- zum Umweltmanagement im StMUV:

Johannes v. Mücke, Umweltmanagementbeauftragter, Leiter des EMAS-Teams;

Tel.: (089) 9214 – 3549; johannes.muecke@stmuv.bayern.de

- zum Bereich indirekte Umweltauswirkungen des StMUV:

Arthur Miller, Tel: (089) 9214 – 2578, arthur.miller@stmuv.bayern.de

- zum Bereich direkte Umweltauswirkungen des StMUV:

Kurt Boos, Tel: (089) 9214 – 2525; kurt.boos@stmuv.bayern.de

Bestellung von Veröffentlichungen:

<http://www.bestellen.bayern.de>

Allgemeine Fragen:

<http://www.stmuv.bayern.de/ministerium/kontakt/index.htm>

Telefon (089) 9214 - 00

Fax (089) 9214 - 2266

EMAS-Team:

Elisabeth Bachl, Kurt Boos, Frau Ernestina Schindler (Frau Ulrike Sagasser), Thomas Heider,

Elisabeth Kowalski, Arthur Miller, Johannes v. Mücke